

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Straßengasse 1/4, und durch Reiseagenten zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, post ins Haus 2.90, wo keine Post am Ort, 3.24.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Das Verlagsbüro befindet sich in der Hauptstadt Breslau, in der Neuen Straßengasse 1/4. Die Expedition ist in der Hauptstadt Breslau, in der Neuen Straßengasse 1/4. In Breslau: In der Hauptstadt Breslau, in der Neuen Straßengasse 1/4.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 184.

Breslau, Dienstag, den 9. August 1910.

21. Jahrgang.

Die religiöse Eidesformel.

Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort — so muß man mit dem Nephtho im Faust ausrufen, wenn man sich heute das deutsche Strafgesetzbuch und auch die Strafprozeßordnung betrachtet. Denn in beiden Gesetzbüchern mengen sich der alte Unstinn längstvergangener Zeiten und störrische Anschauungen mit den wenigen Zugeständnissen, die der Gesetzgeber der neueren Zeit machte. Und bei jeder sogenannten Reform dieser Gesetze nimmt man ängstlich darauf Bedacht, daß ja nicht zu viel des modernen Geistes in diese Sammelstätten juristischer Reaktion, unndtlicher Haarspalterei und höchst überflüssiger Paragraphenteilererei einfließen.

Dieses Bestreben zeigt sich auch jetzt wieder bei den Vorarbeiten zur Reform des Strafgesetzbuches, und nicht minder bei der Erneuerung der Strafprozeßordnung; die Strafprozeßordnung unterliegt bekanntlich zur Zeit der Vorberatung durch die Justizkommission des Reichstags. Wie schwer es auch in dieser Instanz fällt, den Forderungen der Zeit Geltung zu verschaffen und die Str.-P.-O. den Bedingungen der Gegenwart entsprechend zu gestalten, das zeigte sich besonders bei den Diskussionen, die über den § 62 der Str.-P.-O., der die Bestimmungen über den Zeugenetzb enthält, stattfanden.

Die Grundlage der Rechtsprechung ist angeblich die Erforschung der Wahrheit. Jeder Zeuge muß infolgedessen nicht allein zur Aussage, sondern auch zu einer wahren Aussage angehalten werden können. Zur Aussage verpflichtet den Zeugen der Zeugenetzwang, zur wahren Aussage die Strafandrohung gegen die falsche Aussage und der Eid. Dieser Eid ist aber seiner bisherigen Form nach ein religiöser Eid, denn der Zeuge muß schwören, „bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, die reine Wahrheit zu sagen, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzusetzen“. Und die Eidsformel lautet: „So wahr mir Gott helfe!“ So ist dieser Eid zugleich ein Glaubensbekenntnis; denn bei seiner Aussage soll sich der Zeuge auf den Gott, an den er glaubt, berufen. Reistet der Zeuge unter Eid einen Meineid, dann wird er nicht der falschen Aussage wegen, sondern deswegen bestraft, weil er das religiös gestaltete Beweismittel mißbraucht hat. Also auch hier tritt das Religiöse des Eides in die Erscheinung. An dieser den Anschauungen des Mittelalters entsprechenden Bestimmung über den Eid hält auch der Entwurf der neuen Strafprozeßordnung fest. Und zwar ohne daß in der Begründung dazu mit einem Worte die Notwendigkeit des Festhaltens an diesem mittelalterlichen Brauch betont wird. Aber man kann es verstehen, aus welchem Grunde die Regierung stillschweigend über diesen Punkt hinweggegangen ist. Eine Fülle von Widersprüchen, inneren Unmöglichkeiten, moralischen Zwangs und geistiger Unfreiheit fördert gerade die Erörterung dieser Frage zutage.

Da ist der erste Widerspruch der: Die Anrufung Gottes soll den Zeugen zwingen, aus Furcht vor der göttlichen Strafe die Wahrheit zu sagen. Sagt der Zeuge die Wahrheit aber trotzdem nicht, dann überläßt man die Bestrafung dafür nicht dem angerufenen Gott, sondern die irdischen Gerichte greifen ein und ziehen den Meineidigen zur Rechenschaft. Das ist vollständig inkonsequent und muß selbst bei dem naivsten Gläubigen das Verlangen erwecken, die irdischen Richter einmal nach ihrer Aktivlegitimation, für den lieben Gott strafen zu können, zu fragen.

Nun aber gibt es doch in unserer modernen Zeit eine Annahme von Leuten, die überhaupt an keinen Gott glauben. Einmal sind diese Menschen unter den Richtern, zum andern unter den Richtstrichern zu finden. Neue Widersprüche entstehen.

Zuerst bei dem „ungläubigen“ Richter. Er glaubt weder an „Gott den Allmächtigen“, noch an „Gott den Allwissenden“. Dieser Richter glaubt auch nicht an eine Bestrafung des Meineidigen durch den Himmel. Aber trotzdem muß auch dieser Richter den Zeugen auf die „Heiligkeit“ des Eides hinweisen, er muß dem Schwörenden mit der Rache einer Macht drohen, an die er — der Richter — selbst nicht glaubt. Und doch soll alles lauter und wahr sein, was der Richter tut und spricht! Man wende nicht ein, daß es solche Leute auf dem Richterstuhl nicht gebe. In Nr. 28 der Zeitschrift „Der Montanus“ vom Jahre 1908 wendet sich ein Landgerichtsdirektor gegen diesen inneren Widerspruch, den die geltende Eidesformel dem freigeistigen Richter schafft, und die ihn zur offenen Heuchelei und zur Herabwürdigung seines Amtes treibt.

Noch gewalttätiger wirkt der Zwang auf den nichtgläubigen Zeugen. Auch dieser muß unter Anrufung einer Gewalt, die seiner Überzeugung nach nicht vorhanden sein kann, schwören. Zugleich muß der Zeuge aber auch ein Glaubensbekenntnis ablegen, trotzdem er keinen diesem Bekenntnis entsprechenden Glauben hat. Bei diesem Schwörenden, der an keinen Gott glaubt, muß logischerweise auch der innere Gehalt, den die Verteidiger des religiösen Eides diesem beimessen, nämlich die Furcht

vor dem rächenden Gott, fehlen. Für einen Menschen, der gezwungenerweise die religiöse Eidesformel nachsprechen muß, müßte der Schwur zur reinen Komödie werden, wenn die Zeugenaussage nicht von dem inneren sittlichen Ernst des Zeugen, die Wahrheit um ihrer selbst willen zu sagen, getragen wird. Warum gestattet man diesem Zeugen nicht, seine Aussagen unter Benutzung einer Beglaubigungsformel zu machen, die für ihn weder eine innere Unwahrheit noch einen lästigen Zwang bedeutet? Angeblich versagt man ihm das, um bei den Gläubigen den Wert des Eides, der immer einen religiösen Hintergrund haben müsse, nicht zu vermindern. Denn, so wurde auch von ultramontaner, konserbativer und polnischer Seite in der Justizkommission betont, ein Schwur ohne die Anrufung Gottes und ohne Betonung der damit verbundenen Anschauung von dem Dasein eines persönlichen Gottes würde für das „Volk“ gar kein Eid mehr sein. Und eben deshalb, um dem Volke den Glauben an die „Heiligkeit“ des Eides nicht zu nehmen, dürfe weder der nichtgläubigen Minderheit, noch der Vernunft ein Zugeständnis gemacht werden. Mit anderen Worten ausgedrückt würde diese Methode lauten: Um den Gläubigen ihren nativen Glauben zu erhalten, wird die nichtgläubige Minderheit ohne Rücksicht auf die staatsrechtlich gewährleistete Glaubens- und Gewissensfreiheit des einzelnen vergewaltigt, zum Widerspruch und zur Heuchelei gezwungen.

Diesen vielen Widersprüchen gegenüber wäre es eine dringende Notwendigkeit gewesen, bei der Reform der Strafprozeßordnung die Eidesformel der Zeit entsprechend zu ändern. Es geschah nicht. Wohl kürzt der § 60 der neuen Strafprozeßordnung die von dem schwörenden Zeugen dem Richter nachzusprechende Eidesformel ein wenig ab, aber im Wesen ist die Formel die alte geblieben. Der Richter richtet an den Zeugen die Worte: „Sie schwören, nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen zu haben.“ Worauf der Zeuge zu sagen hat: „Ich schwöre es!“ Um nun aber selbst den gläubigen Gemütern, die an der reinen Erklärung: „Ich schwöre es!“ nicht Genüge finden, die Möglichkeit zu lassen, ihre Aussage durch eine Anrufung ihres Gottes zu bekräftigen, soll der Zeuge auf seinen Antrag der Formel: „Ich schwöre es!“ die Worte hinzufügen können: „So wahr mir Gott helfe!“ Und der Richter sollte seiner Rede hinter „Sie schwören“ hinzufügen können: „Bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden.“

Mit dieser Formulierung des § 62 der Strafprozeßordnung würden alle Bedenken beseitigt gewesen sein, die sich heute der religiösen Eidesformel entgegenstellen, und den Forderungen der Zeit und der Vernunft wäre Rechnung getragen. Daß eine solche Formulierung weder im Westen noch im Osten der Welt unbekannt ist, beweisen die neueren Schöpfungen auf dem Gebiet des Strafprozesses. Sogar das Regnum Marianum, das erzkatholische Ungarn, hat diesen Weg betreten, als es im Jahre 1896 im § 219 der Strafprozeßordnung über den Zeugenetzb folgende Verfügung traf:

Wer erklärt, daß der Eid seiner religiösen Überzeugung widerspricht, versichert stattdessen an Stelle des Eides, daß er die Wahrheit bezeugt. Die Versicherung beginnt mit den Worten: Ich versichere bei meiner Ehre und bei meinem Gewissen...

Aber weder an dem einen, noch an dem andern lag der Regierung und der Kommissionsmehrheit etwas. Man hörte sich die Reden unserer Genossen, die in wiederholten Ausführungen unseren Antrag begründeten und alle Einwände der Gegner widerlegten, mit an und blieb doch auf dem alten Unstinn und Widersinn beharren. Ja, das Zentrum wollte noch über die Regierungsvorlage hinausgehen und besonders tief religiös beanlagten Zeugen die Möglichkeit geben, durch eine spezielle Bekräftigungsformel im religiösen Sinne dem Eid eine noch höhere Weihe zu geben. Mit Recht forderten darauf unsere Genossen, daß, wenn es einem Zeugen nach dem Zentrumsantrag gestattet sein sollte, den an sich schon religiösen Eid dadurch zu bekräftigen, daß er unter Hinweis auf eine Spezialeinrichtung seiner Kirche den geschworenen Eid auch halten zu wollen verspricht, es dem Nichtgläubigen auch erlaubt sein müsse, bei der religiösen Eidesformel hinzuzusetzen, daß sie gegen seinen Glauben und gegen seine Überzeugung sei.

Das ging der Kommissionsmehrheit natürlich zu weit. Sie lehnte alle Vorschläge ab und begnügte sich damit, auf unabsehbare Zeit den Widerspruch, die stillliche Heuchelei und religiöse Unmoral des religiösen Eides wieder „gerettet“ zu haben.

Politische Uebersicht.

Christentum und Sozialismus.

Auf dem „Vollkongress für freies Christentum“, zu dem sich in Berlin die liberal-protestantischen Theologen aller Länder vereinigt haben, hat das Thema Christentum und Sozialismus die weitaus größte Anziehungskraft ausgeübt. Die Tendenzen, die auf dem letzten evangelisch-sozialen Kongress in Chemnitz vor einer Minderheit und noch ziemlich schüchtern vertreten wurden, kamen hier in schärferer Weise zum Ausdruck, und zwar wurde diese schärfere Tonart, wie nicht weiter zu verwundern ist, hauptsächlich von den Vertretern der demokratisch fortgeschrittenen Ländern des Westens in die Debatte getragen. So vorzüglich der amerikanische Professor der Theologie, Naushenbusch, den Kapitalismus mit einer Riesenschlange, aus deren loobringenden Umflammerung sich die Menschheit befreien müsse. In der neuen Welt, so versicherte Herr Naushenbusch, leidet gewiß nicht ohne eine gewisse Ueber-treibung, stünden alle führenden Geister zum Sozialismus, die vorbildlichen Methodistenbischöfe bekennen sich feierlich dazu. Das Dogma habe seine Anziehungskraft eingebüßt, die Sozialdemokratie steige. Der holländische Pastor Bader bekannte sich als entschiedener Anhänger der Sozialdemokratie, er überbrachte die Grüße des Vereins der sozialdemokratischen Pfarrer Hollands und führte aus:

Lange haben sich Christentum und Sozialismus als Tobfeinde gegenübergestellt. Da erkannten die besten Männer in beiden Lagern ihren Irrtum, und haben ein, daß im innersten kein Christentum und Sozialismus identisch sind. Und so sind denn zahlreiche Pfarrer Hollands Sozialdemokraten geworden und haben den Verein der sozialdemokratischen Pfarrer gegründet. In Holland ist so etwas möglich.

Wenn man die Frage aufwirft, wie sich die Sozialdemokratie zum Christentum verhalte, so übersieht man nur zu oft, wie verschiedenes Christentum es gibt. Von dem Christentum des Zentrumsbischofs, Dr. Henke ist dieses Christentum der Bader und Naushenbusch doch sehr verschieden. Dementsprechend muß auch die Stellung der Sozialdemokratie zu den verschiedenen Arten von Christentum verschieden sein.

Schweifswedler.

In erster Stelle ihres Blattes veröffentlicht die „Täglichen Rundschau“ die folgende Unterredung mit dem chinesischen Botschafter in Berlin, Liang Tscheng, der bei Wilhelm II. einen Antrittsbesuch machte:

Es ist stets eines der höchsten Ziele meines Ehrgeizes gewesen, mein Land an dem kaiserlichen Hofe von Deutschland vertreten zu dürfen. Es war eines der größten Ereignisse meines Lebens, ich denke, das denkwürdigste von allen, als ich die Ehre hatte, dem Kaiser vorgestellt zu werden. Sie wissen, ich habe diese Ehre schon einmal gehabt, aber der Eindruck ist stets der gleiche und kann niemals vergehen werden. Des Kaisers große Taten, seine gewaltige Energie, seine intellektuellen Fähigkeiten werden ihm unter den erhabenen Herrschern der Geschichte aller Nationen einen Platz anweisen. Er gleicht in auf fallender Weise seinem glorreichen Ahnherrn Friedrich dem Großen und wird sicher bei der Nachwelt seinen geringeren Ruhm genießen. Seine Majestät empfing mich in der Tat äußerst herzlich und ich beete mich, über diesen Empfang nach Belieben zu berichten. Ich bin gewiss, man wird dort meine Aufnahme mit größter Wärme zu schätzen wissen. Es besteht doch bereits eine sehr alte, ständige Stimmungsgesinnung gegen Deutschland; die Stimmung ist in der Tat niemals erwähltere gewesen. Deutschland hat uns viel Freundschaft und Freundschaft gezeigt. Der Empfang und die Gastfreundschaft, welche Seiner kaiserlichen Hoheit dem Prinzen Tsai-Tao und seiner Mission wie den sich jetzt in Deutschland aufhaltenden juristischen Delegierten zuteil geworden sind, werden nicht vergessen werden.

Wir rechten nicht mit dem Chinesen. Er stammt aus einem Lande, in dem der Kaiser als „Sohn des Himmels“ gilt, vor dem man sich auf den Bauch legt und mit der Zunge die Erde ableckt. Er mag also ruhig die Demütigungen des Dorerseßhuges verzeihen. Aber daß „aufrechte Deutsche“ mit dieser chinesischen Stiefeldeckerei und dieser geradezu hündischen Schweifswedelei noch großtun, das erregt geradezu Ekel.

Der Gipfel der Verlogenheit. Die „Deutsche Tageszeitung“, das offizielle Organ des Bundes der Landwirte, ist sehr erbozt über unsere Feststellung, daß es durch seine Ausführungen über den Boykott im politischen Kampf den schärfsten wirtschaftlichen Terror und den Kampf bis aufs Messer gegen den Hanjabund proklamiert hat. Es meint, wenn man vergleichen aus seinen Ausführungen herauszulesen versuche, so sei das „der Gipfel der Entstellung“. Wir meinen dagegen, wenn man nicht zu seinen eigenen Taten stehen will und in demselben Augenblick, in dem man etwas tut, schwört, man tue es nicht, so ist das der Gipfel der Verlogenheit, und durch Wiederholung aller Unwahrheiten macht man sie noch lange nicht zur Wahrheit. Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert, daß es ja der Hanjabund gewesen sei, der den Kampf gegen den Bund der Landwirte eröffnet habe, das ist richtig; aber der Bund der Landwirte hat den Kampf mit der Boykottierung der Mitglieder des Hanjabundes geantwortet, und das ist es, was wir den Kampf bis auf das Messer genannt haben. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ das

weiter meint, die sozialdemokratische Presse hätte aus nahe-
liegenden Gründen eine gewisse Neigung zum Hanfband, so
ist das Unsiem, die dessen Widerlegung nicht viel Worte
nöthig sind. Die sozialdemokratische Presse hat den Hanf-
band stets bekämpft, und hat auch alle Ursache dazu, aber
in ihrem ehelichen Kampfe mit dem Bunde der Landwirt-
schaft Genossenschaft zu machen, lehnt sie allerdings ent-
schieden ab.

Der badische Zentrumspapst. Baden hat nicht
nur einen Großherzog, sondern auch einen Papst für sich:
den Zentrumsführer Wacker, der in seiner Partei ein
stramm abstruktives und unfehlbares Reglement führt. Nach
jeder Wahl rechnet er den einzelnen Pfarrern in Pro-
zenten genau vor, wieviel Katholiken und wieviel Zentrum-
wähler es in ihrem Pfarrbezirk gibt. Steht die Zahl der
Wähler hinter der der Katholiken zurück, so weiß der Pfarrer,
was ihm blüht, wenn sich das Verhältnis bis zur nächsten
Wahl nicht ganz erheblich bessert. So erhält das badische
Königreich die freiwilligen oder unfreiwilligen Mitatoren des
Zentrums in der Furcht des Herrn. In den Mitteln, die
Disziplin aufrecht zu erhalten, ist Wacker, nach dem „Verl.
Tagbl.“, nie im geringsten wählerisch gewesen, und wer die
stiftige Unzulänglichkeiten kennt, mit der er über Unbotmäßige
in seinem Kreisruher Leitblatt herzufallen pflegt, der kann
sich einen Begriff davon machen, wie er hinter den Kulissen
gegen einen Geistlichen gearbeitet werden mag, der nicht nach
Wackers Weise tanzt. Es hat daher beträchtliches Aufsehen
gemacht, als der Pfarrer Dr. Feurstein in Donaueschingen
die Enzyklika offen zu missbilligen wagte. Er wurde dafür
im Kreisruher „Neobauer“ heruntergerissen, wie das sonst
nur „Liberale“, „Kreismauern“ und „Alteisen“ zu widerfahren
pflegt. Endlich wurde die für Herrn Wacker etwas peinliche
Tatsache bekannt, daß der Pfarrer Feurstein nur wiederholt
hat, was der Freiburger Weihbischof Knecht in einem
Kreis katholischer Geistlicher über die Enzyklika geäußert hat.
Daß sogar ein Bischof den Ton der Enzyklika verurteilt,
wird den gläubigen Lesern der Zentrumspresse natürlich so
lange wie möglich verschwiegen. Geht das nicht mehr an,
dann wird der Weihbischof genau so schonungslos behandelt,
wie der Donaueschinger Pfarrer. Denn der müßte den
Geistlichen Rat Wacker schlecht kennen, der da glaubte, daß
ihm ein Bischof imponieren könnte! Weihbischof Knecht
wäre nicht der erste Bischof in Baden, der vor dem badischen
Papstein zu Kreuze stehen müßte.

Und — Knecht muß doch Knecht bleiben!

Des liberalen Veteranen Klage. Aus dem
Wahlkreis Königsberg in der Neumark wird der „Liberale
Korrespondenz“ ein von einem Gastwirt und Materialwaren-
händler verfaßtes Schreiben zur Verfügung gestellt, das wir
mitteilen zur Kenntniss der ländlichen Verhältnisse:

Durch verschiedene Zustände werde ich ersucht, für Ihre
Eache tätig zu sein. Leider bin ich durch ein Gebrechen, sowie
durch den Druck von konservativer Seite aus, mein
Geschäft hierin nicht in der Lage. Der Terrorismus der
Gegner hat es zumeist gebracht, daß heute kein Bauer in
meinem Gebiet mehr laßt.

Im vorigen Jahre wurde hier auch ein Krieger-Denk-
mal eingeweiht. Wie es gemacht wird, sieht man daraus,
daß ich hierzu keine Einladung, an der Feier teilzunehmen, erhielt.
Ich grünte mich ja weiter nicht darum, aber es ist doch be-
zeichnend. Als Ehrenwache erhielt ich aber dafür einen dop-
peltten Gendarmen-Posten vor mein Hausgrundstück.
Ich will mich nun gerade hiermit nicht ärgern, aber jedenfalls
geschah es deswegen, weil ich 1870 und 1871 von A bis B
bei der 3. Kompanie des 5. Brandenburgischen Infanterie-Regi-
ments an fünf Schlachten und neun Gefechten
teilgenommen habe und keine Stunde von der Kompanie
weg war, was nur 16 Mann von sich sagen konnten. Wer die
ländlichen Verhältnisse kennt, wird wissen, was einer derartigen
Handlung (Gendarmen-Doppelposten) zu Grunde liegt. Am
Steuerzahler gibt's jedoch keinen Pardon. Veteranen-
Beihilfe wird nicht gezahlt.

Es ist nicht das schlechteste Stücklein des schwarzen
Blattes, daß er den alten Veteranen die Augen zu öffnen
beginnt.

**Das Wahlrecht der Frauen zu den Ver-
sicherungsbehörden.** Die reaktionäre Presse übernimmt
eine Rolle, in der Stimmung gemacht wird gegen das Wahl-
recht der Frauen zu einzelnen Verwaltungskörperschaften in
der Arbeiterversicherung. Diese Hege gegen die Frauenrechte
stützt sich darauf, daß, obwohl die Frauen ein Wahlrecht bei
den Krankenkassen haben, in den 27 Jahren, seit dieses Recht
besteht, eine eigentliche nennenswerte Beteiligung der Frauen
an den Wahlen nicht zustande gekommen sei. Bei den
Krankenkassenwahlen in Leipzig hätte von 42.000 Frauen
keine einzige gewählt. Ebenso sei in Hamburg-Altona
eine völlige Wahlenthaltung der Frauen zu verzeichnen ge-
wesen. In Frankfurt a. M. wählten von 20.000 ver-
sicherten Frauen 132 und in der Berliner Allgemeinen Dis-
krankenkasse hätten sich von 40.000 Frauen nur 24 an der Wahl
beteiligt. — Wenn diese Angaben über die Wahlbeteiligung
stimmen, dann wäre es allerdings dringend notwendig, daß
die versicherten Frauen mehr auf ihre Rechte hingewiesen
würden, damit die Reaktionäre aus der Nichtbenutzung kein
Kapital schlagen können.

In Breslau jedenfalls können wir konstatieren, daß die
Beteiligung der Frauen an der Krankenkassenwahl bei Kauf-
leuten, Schneidern, Putzmachern und in einigen anderen
Klassen bedeutend besser war.

Sechzehn Millionen Lohnarbeiter. Wieviel
Lohnarbeiter gibt es in Deutschland? Das „Reichsarbeits-
blatt“ stellt fest, daß es in Deutschland 1907 bei einer Ge-
samtbefölkerung von rund 63 Millionen Personen (31 Mil-
lionen Männer und 32 Millionen Frauen) rund sechzehn
Millionen Lohnarbeiter (11 Millionen Männer
und 5 Millionen Frauen) gab. Dabei sind die Dienstboten
mit 1,3 Millionen dazugerechnet, nicht aber die 3,8 Mil-
lionen Familienangehörigen. Die Gesamtzahl der in Land-
wirtschaft, Industrie und Handel erwerbstätigen Selbst-
ständigen stellt sich auf 5,5 Millionen, der Angestellten auf
1,3 Millionen.

Die Zahl der Angehörigen der Arbeiterklasse wächst mit
jedem Tag und damit wächst auch die Gemüthsart ihres end-
lichen Sieges.

Kein Aussenrecht. Die Frankfurter Polizei hat den In-
haber eines Kunstsalons ersucht, das bei ihm ausgestellte Bild des
Malers Fabjanski „Pogrom in Kiev“, das bereits vorher
auf Wunsch der bayerischen Regierung aus der Ausstellung im Glas-
palast zu München entfernt worden war, der Öffentlichkeit nicht mehr
anzugängig zu machen, mit Rücksicht auf den bevorstehenden Besuch des
russischen Kaisers im benachbarten Friedberg und der Mög-
lichkeit eines Jarenbesuchs in Frankfurt selbst. Der Inhaber des Salons
hat das Geuch der Polizei als lässig beschied.

Endlich einmal ein Bürger, der nicht vor Polizei und Russen-
kaiser ins Manesloch kriecht.

**Der Hanfband gegen den Volkst. Wie die „Vossler
Zeitung“ vor kurzem mitteilte, hat die Ortsgruppe Niedermoschadt
des Bundes der Landwirte gegen alle dortigen Geschäfts-
leute, die bei der Reichstagswahl in Friedberg-Waldungen ihre
Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten
abgegeben haben sollen, eine Boykottklärung erlassen, durch
die die Betroffenen in ihrem Erwerb empfindlichen Schaden erlitten.
Der Hanfband, der in dieser Angelegenheit Ermittlungen anstellte,
hat jetzt gegen den Vertrauensmann des Bundes der Landwirte, den
Gemeindevorsteher von Niedermoschadt, unter Vorbehalt der privatrech-
tlichen Schadenersatzansprüche, die Einleitung des Disziplinar-
verfahrens beantragt.**

Der Hanfband wird viel Arbeit bekommen, wenn er jeden
Fall so verfolgen will.

Müller-Meinungen und der Bauernbund. Der fort-
schrittliche Abgeordnete Müller-Meinungen macht kämpfende An-
strengungen, sich sein Reichstagsmandat bei der nächsten Wahl zu
sichern. Er war einer der ersten Schlepenträger der Reaktion
während des Bismarck- und in der Hoffnung, daß ihm auch nach
dem Verfall des Blocks die konservativen Bauern seines Kreises treu
bleiben, gebärdete er sich bei jeder Gelegenheit äußerst reaktionär.
Nützlich erst nahm er sich der Groß- und Kleinbauern zueigen an, die
seit 10 Jahren die bestehenden Unfallversicherungsbedingungen der
Reiniger land- und forstwirtschaftlichen Berufsvereinschaft über-
traten hatten und deshalb bestraft worden waren. Es ist auch noch
in aller Erinnerung, daß er bei der Eisenacher Nachwahl Wahlmacher

für den Bauernbündler Krug war. Auch hier hatte ihn die
Sorge um sein Mandat dazu gebracht, dem freikämpfigen Eisenacher
Wahlkomitee einen Bauernbündler als Kandidaten vorzuschlagen.
Wenn er nicht durchdrang, so nur deshalb, weil die Eisenacher Frei-
kämpfigen bessere Persönlichkeiten bürgerlicher Opposition hatten, als der
Herr Müller-Meinungen.

Nun erriet der strebsame Herr Müller den Dank der Agrarier
für seine Umkehrung. Infolge einer Erklärung, die die Frei-
kämpfigen Meinungen für Müller abgaben, entstand eine Preispolizei
und darauf erschienen mehrere Presseartikel gegen Müller im
„Meininger Tageblatt“. Diese Artikel werden vom Vorstand des
Bundes der Landwirte an die Meininger Bauern verteilt und die
Vertrauensleute des Bundes ersucht, die Darlegungen bei den
nächsten Wahlen in werten Kreisen wieder in Erinnerung zu bringen.
Der Herr Müller scheint also doch umsonst zu sein und der Reichstag
gerät in Gefahr, von der nächsten Legislaturperiode ab auf Pimper-
Witzla verdrängt zu werden.

Einführung der Kopfsteuer in Deutsch-Ostafrika. Der
Gouvernementsrat in Deutsch-Ostafrika hat sich in seiner letzten
Sitzung mit der Frage der Umwandlung der Stättensteuer in eine
Kopfsteuer beschäftigt. Nach langer Beratung, in der die Regierungs-
vertretung vor optimistischen Hoffnungen auf große finanzielle Er-
träge: die Kopfsteuer warnten, wurde eine neue Verordnung in
folgender Form angenommen:

An Stelle der Stättensteuer ist für ländliche Bezirke eine
Kopfsteuer von 3 Rupien für jeden erwachsenen arbeitsfähigen
Mann zulässig. In städtischen Ortschaften kann die Kopfsteuer
neben der Häuser- und Stättensteuer erhoben werden. Unter be-
sonderen Verhältnissen kann die Kopfsteuer bis auf eine Rupie
herabgesetzt werden. Die Einführung der Kopfsteuer ebenso wie
die Verabfolgung des Steuererlasses bedürfen der Genehmigung des
Gouverneurs. Mit Genehmigung des Gouverneurs kann in den
einzelnen Bezirken den Steuerpflichtigen mit mehreren Frauen für
jede zweite und weitere Frau ein Zuschlag zur Kopfsteuer bis zu
drei Rupien auferlegt werden.

Die Steuer soll bereits von 1911 ab eingeführt werden, doch
wird sie nicht allgemein, sondern versuchsweise in weiteren Orten ein-
geführt; in sieben von 21 Bezirken wird gegenwärtig schon eine Kopf-
steuer erhoben.

Die Sorge der Prozent-Patrioten. Die „Abend-
zeitung“ hat in ihrer Donnerstags-Abend-Ausgabe die Nach-
richt gebracht, von angeblich gut unterrichteter Seite, daß im dies-
jährigen Preussisch-Handelsjahr größere Neubewilligungen gefordert
würden. Auch Herr v. Tirpitz würde für die Marine keine
Wünsche vorbringen. Diese Nachricht verurteilt das Blatt der rheinisch-
westfälischen Großindustriellen in bange Besorgnis. Es sagt in der
Freitag-Morgen-Ausgabe:

Es ist uns unangenehm, wie bei der Beurteilung dieser harten,
unabweisbaren Bedürfnisfrage Rücksichten überhaupt geltend ge-
macht werden können, wie man dringende Heeresforderungen mit Ver-
sicherung notwendiger Maßnahmen auf die linke Seite des
Parlamentes und wohl auch das Zentrum zurückstellt. Wir können
auch die Regierung nicht klug, geschweige denn energisch und selbst-
bewußt nennen, die ihre Haltung in einer finanziellen Lebensfrage
von der Angst vor einer Partei abhängig macht, schon deshalb
nicht, weil, einen gewissen Mangel an Energie zu zeigen, eben
einfach nicht sehr klug ist. Selbst die Anhänger der Regierung
müssen an ihre Iren werden. Die Gegner aber haben nicht nur
kampflös einen großen taktischen Erfolg errungen, sondern sie haben
auch ein bedenkliches Eingeständnis der Schwäche der Regierung
und ihrer Ueberzeugung in Händen.

Es ist rühmend, wie die Panzerplattenlieferanten die Fürsorge
für den eigenen Geldbeutel mit der schweren Sorge für Vaterland
und heiligem Beistand um den Ruf der Regierung zu verbinden wissen.

Der Aufklärung bringen bedürftig ist folgende Sache:
Die in Bonn erscheinende „Deutsche Reichszeitung“ brachte kürzlich
folgende Meldung in durchschossenerm Druck:

Eisenborn, 24. Juli. Wie von hier mitgeteilt wird,
sind bei dem Gemitter vom letzten Freitag zwei Geschütze vom
Witz getroffen worden. Bei dem einen derselben wurden von der
Mannschaft acht Leute, darunter ein Offizier und ein Arzt
getötet.

Eisenborn ist der große Militärschießplatz in der Eifel. Ueber
den von dem Diakon geschilderten Vorgang haben wir in anderen
Belegungen nicht gelesen; auch nähere Mitteilungen über das furcht-
bare Ereignis hat das Blatt bis auf den heutigen Tag nicht ge-
bracht. Widerrufen oder berichtigt hat es unseres Wissens die Mel-
dung auch nicht. Weltwützig an der Notiz war schon, daß sie zwei
Tage nach dem angegebenen Ereignis datiert war. Jedenfalls aber
ist die Meldung des rheinischen Blattes so ungeheurerlicher Art, daß
die Angelegenheit unbedingt der Aufklärung bedarf.

Der Schiffsdiebstahl perfekt. Die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ meldet in der Sonnabend-Abendausgabe: „Der Verlau-
amer Schiffe der Brandenburg-Klasse („Kurfürst Friedrich-
Wilhelm“ und „Weissenburg“) an die Türkei ist am Freitag perfekt
geworden. Der Kaufpreis beträgt 18 Millionen Mark.“

Prinzliche Studienreise. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß
der Kronprinz im November d. J. eine Studien- und Informations-
reise nach Ostasien antreten wird. Die Reise soll über Siamtschau
durch China, Japan und Indien gehen.

Noland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Gering)

„Allo im Barnim ist der Hofmann Herr?“
„Und im Lebusitz auch. Den reichen Schumms und den
Wyns hat er neulich fünf Dörfer genommen. Gott weiß, wie
er reist, wenn etwas ankommt. Nur in Zettow will's nicht
sein, weil hier der Hofmann Zettow zu viel Anhang hat. Die
beiden sind sich feind, und können sich nicht ausführen, denn
der Hofmann hat dem Kaiser vor Jahren einen Zug Pferde auf-
gekauft, und sind doch beide ebenso feind den Berlinern. Ja,
sagen die von den Städten ist so recht mitten drinnen, das
wird sie links und zwadst sie rechts. Sie schreien und lamen-
tieren, aber laß sie, sie sind reich genug.“
„Gott's ihnen auch“, brummte der Ritter. „Und ist doch
das Schand“, daß so was nicht belern Leuten zugut kommt.“
„Verdienst, wert, ist allerwegen gut“, fuhr der ihm dreißig
gewordene Knecht fort. „Es fällt einem jeden auf die eine Art
etwas davon ab oder auf die andere. Und der beste Verdienst
bleibt doch allzeit der Krieg. Da geht's rasch aus Hand in
Hand. Mein Herr, der Kaiser, nämlich damals, sprach zwar
ist von, was sie Segnungen des Friedens nennen. Aber das
ist doch nur für die Städte. Und nun spricht er anders. Er
wird ein reicher Mann. Und glaubt mir's, die Edelleute im
Barnim drüben verdienen auch dabei. Sie sind ganz zufrieden.
Wie mancher Ochs, den er den Städten nahm, adert jetzt auf
ihren Feldern, und wie manches Schwein hängt in ihren Rauch-
hängen. Und sie haben's nicht teuer bezahlt. Da ein guter
Jung ist, ist auch ein guter Handel, denn wer kann im Krieg
alles mitnehmen, was er fängt. Drum ist der Kaiser auf allen
Höfen und Schlössern gern gesehen. Den Rittern bezahlt er,
was er verzeht, und mancher von ihnen schickt seine Leute mit,
wenn's in die berlinischen Dörfer geht, ja, er reist wohl selber
auch, eine Sturmbande über den Kopf und sein schillerndes Waf-
felwams über dem Harnisch. Da wird denn rüstlos und gelacht
und gezecht, wenn ein Streich gelang. Und im Grunde genom-
men, wer hat davon Schaden? — Wenn sie dem Bauer das
Eck über Kopf anstehen, so kann er sich mal wärmen, und
wenn sie ihn aus dem Bett jagen in die Fieber, was ist's
mehr! Weh manchen, der dabei noch gewann. Er nahm auch
nein Stroh und dergleichen dreimal, was ihm einmal ge-
schah. In den Städten allein, da schwachen sie von Frieden,
und hatten ihn doch selber nicht. Da will immer einer: Kopf-
über über den andern. Die Rittze untereinander und die Ge-“

schlechter auch, und beide zwischen sich. Der Friede macht sie
reich; und das Land arm. Der Krieg macht die Städte arm
und das Land reich; darum mein' ich, ist Krieg besser als
Frieden, und die Städte haben noch Speck genug, daß man's
ihnen ausschneidet.“
Der Ritter Gottfried mochte wohl daselbe denken, was der
Knecht Dietrich sprach; aber man soll nicht vom Wolf sprechen;
denn alsdann ist er nicht weit. Daran erinnerte ihn das Fräu-
lein. Aber wovon das Herz voll ist, das redet man den Mund
berstücken, es läuft doch über die Zunge.
Die Reitenden gedachten der Kriegsgefahren, die sie in der
Erbere zu Lande getroffen; die wollten auch gen Berlin.
„Sie wußten noch nicht, ob sie zum Kaiser gehen sollten,
oder zu den geistlichen Herren“, sagte der Knecht. „Aber ich
wette, unterwegs bedenken sie jeden Herrn, den sie treffen, als
gut sie können.“ Sie schielten gar absonderlich auf unter Pader-
berg. Der eine wollte mir helfen; ich gab ihm aber ein mit
dem Ellbogen, und sagte ihm, jeder ist sich selbst der nächste.
Ein Blut, daß die Kerle zu Fuß sind; sie hätten sonst nicht
von der Spur gelassen.“
Die Erinnerung machte alle gar nachdenklich. Der Vater
meinte er hätte das Anerbieten des Ritters in Dornhüll nicht
ausgesagen sollen, der auch desselben Weges zog, aber er mußte
sein Pferd erst kurieren lassen.“
Das Fräulein schlug die Augen ängstlich auf und sprach
sich bewegt: „Vater, wenn er: ihnen nun in die Hände fällt.
Wir hätten ihn nicht sollen allein lassen.“
Der Gottfried lächelte fast auf: „Märchen! Der sah mir
auch danach aus.“
„Was Goldes und Silber hat er bei sich! Und Leppiche
und Federn! Das reizt ja schlechte Leute.“
„Was sein auch gut“, brummte der Vater. „Aber er hat
hier Knechte bei sich und Stiefelsohlen dazu, um es allein mit
fünnen aufzunehmen. Ja das wäre ein guter Reiterkumpen.“
„Wir hätten warren sollen“, fiel Agnes schnell ein.
„Kann sein, kann sein auch nicht.“
Es folgte eine kurze Unterhaltung über den fremden Rit-
ter. Schien's, als wenn beide an ihm lebhaften Anteil nähmen.
Ein Ritter, des Rüstung von Silber starrte und seine Taschen
voll Gold, und seine Kofte waren von der schönsten arabischen
Haut, der war in der Welt nichts, was der Alltag bringt.
Aber er kam auch aus dem Erbekrieg und hatte manche Narbe
an seiner Stirn, dafür aber auch Köpfschneise und Halbmonde
und güldne Ketten, und eine Panzerhaut hing um seinen Har-
nisch. Und sein von der morgenländischen Sonne gebräunt Ge-
sicht schaute ja drein, daß man ihm glauben mochte, was je-
weilen er, und noch mehr seine Leute von seinen Taten ge-
sprochen hätten gegen die Türkenhunde, die Gott verdamme. Und

ein schön blau aug' glänzte aus seinem braunen Gesicht, darin
stimmten beide, und ihn sprechen hören, war desgleichen eine
Luft gewesen; denn so ernst er vor sich hinschaute, blühte es
und sprubelte doch bisweilen gar lustig auf, und er wußte gar
herrliche Schwänke. Kurz, wie es sein Mann gewesen, dem man
alltag begegnet auf dem Wege von Dresden nach Rauen, so
hätten auch beide sich kein nicht grad erinnert auf einem Ritt
durch die Heide voller Fährlichkeiten, wenn ihr Kopf nicht vor
ihm voll steckte. Der Herr Bredow hätte es auch wohl abge-
wartet, bis sein Pferd ge'endet. Aber er tat's nicht darum,
weil der Ritter beim Geipräch hinterm Berge hielt, wenn er ihn
fragte, was er in der Welt wollte? Und er hatte ein gar schlaue
Gesicht dazu gemacht. Agnes, die verteidigte das. Aber da
der fremde Ritter beim Burggrafen Albrecht, dem Ältesten, in
Pranten am Hof gewesen, von dem er viel sprach und Rühmens
machte, so schloß Herr Gottfried, daß er von ihm abgehandelt sei
an den Kurfürsten, wie es denn an fränkischen Herren an dessen
Hof nicht schickte. Und er hielt sie sehr vom Uebel. Wachte auch
den Kurfürsten, Herrn Friedrich selber, nicht über die Wachen
lieben. Denn vordem, daß sein Vater, Friedrich der Erste, ins
Kang kam, waren die Bredows reich, und wie's nun in ihren
Schlössern ausfiel, das mochte leber. Ist aber hätte er's wohl
gern gesehen, wenn der fränkische Ritter neben ihm geritten wäre.
„Bei alledem, gestrenger Herr“, fuhr der reibliche Knecht
wieder an, „das hätte keine Richtigkeit mit dem Ritter.“
„Was?“ rief der Herr, und Agnes rief die Augen groß auf.
„Das ist recht gut, wer weiß wozu, daß wir mit dem nicht
eines Weges reiten.“
„Kann sein, kann nicht sein, Dietrich; aber warum denn
nicht?“
„Es hinkt, Herr, und wo es hinkt, da stinkt's auch.“
„Sein Hof hinkt.“
„Nein er hinkt auch. Laß mir's nicht nehmen.“
„Der Gott, Dietrich, was redest du!“ fuhr das Fräulein
hastig an. „Er spricht so aufrecht wie ein Herzog.“
„Schon gut, Fräulein. Es stinkt und hinkt aber doch,
ich kenne meine Leute.“
„Fiel's nicht's dem Bredow von den Wippen.“ „Solchen
Silberharnisch haben die Grafen von Ruppitz nicht in ihrer
Rüstung. Alle Hengstliche und die Weibels drüben treiben
in ihren Ställen nicht zwei Hölle auf, so wote seine alle.“
„Schon gut, Herr. Gegen den Harnisch sag' ich auch
nichts, und gegen die Hölle auch nicht. Aber wo hat er sie
her? Die können ehedem noch einem guten Mann gehört
haben. Der weiß wo dem seine Knochen liegen! Alle Wei-
ber legen hinter der Heide ihre Kleider ab, ein Schnapphahn
gibt sich neue an. Und das ist richtig, sie stehen ihm ganz
gut. Ich kenne aber meine Leute.“ (Fortsetzung folgt.)

Sie trübet sich zum sozialdemokratischen Wahlzuge in...

Der tatsächliche Stimmengewinn war keineswegs liberal...

Wie sprang die „Nordb. All. em. St.“ vor Vergängen, als...

Das Zentrum und die Niddorfer Wahlrecht...

Ausland

Der Rückzug der spanischen Amerikaner.

Nach in San Sebastian eingetroffenen Meldungen waren...

Das Mittel für die in San Sebastian geplante Kund...

Aus San Sebastian wird vom Sonntag gemeldet:

Zahlreiche Personen, welche gestern aus Biscaya hier ein...

Vorbereitungen zu den Wahlen für die vierte Duma.

Die Duma hat in den letzten Monaten der kürzlich abge...

Indessen wäre es falsch anzunehmen, daß die Regierung...

Die russische Arbeiterklasse hat alle Veranlassung, den n...

Hier haben wir auf eine „nationale“ Eigenartigkeit der...

Ein geplanter Anschlag auf das russische Parlament.

Man schreibt uns aus Petersburg vom 3. August: „Das...

Neue Zwischenfälle in Persien. Aus Teheran wird gemel...

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wien, 7. August. Keine Urkundenfälschung. Der Vor...

Rechhan, 7. August. Zwei gut besuchte Volksversam...

Grosz-Posen, 8. August. Schwere Unglücksfälle. In dem...

Peterswaldau, 8. August. Eine Expressaffäre. In dem...

Todesfall. Der Genosse der Firma C. F. Hwanig u. Söhne...

Wien, 8. August. Der Stadtverordnete Seibt, der bekann...

Wien, 7. August. Streik der Ziegel- u. Ziegler in den...

Die Versammlung weist den Versuch der Firma Kothel...

Die Streikenden haben den Kampf freudigen Gefühls auf...

Wien, 7. August. Selbstmordversuch eines Schülers.

Posen, 8. August. Unglücksfälle aus der Provinz.

Posen, 8. August. Unglücksfälle aus der Provinz. Die 13...

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolf. - Redaktion und Expedition: Neu...

Die Inserate übernimmt die Redaktion zur freigelegten Verantwortung.

3. Weltkongress für freies Christentum und religiösen Fortschritt.

Berlin, den 5. August 1910.

Vom 6. bis 10. August taat in Berlin im Landwehrkasino der 3. Weltkongress für freies Christentum und religiösen Fortschritt. Der erste Weltkongress fand 1901 in London statt, der zweite 1903 in Amsterdam, der dritte 1905 in Genf und der vierte 1907 in Voflor. Diese Weltkongresse bezwecken gegenseitigen Austausch der religiös-liberalen Gesinnungen aller Länder. Dem diesjährigen Weltkongress präsiert der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Karl Schra d e r. Zu dem Komitee des Weltkongresses gehören u. a. Abgeordneter Naumann-Berlin, Professor der Theologie Made-Warburg, der bekannte Kolonialpolitiker Dr. Paul Rohrbach-Berlin und P. Franck-Dorimund. Eine Reihe hervorragender Vertreter der Wissenschaft, der Kunst, der Presse, der Politik, des Handels und der Industrie haben den Aufruf des Komitees mitunterzeichnet, darunter u. a. Wiell, Geheimrat Dr. Harnack, Prof. Schrempf-Köln, Professor Dr. v. Schulze-Gädring-Freiburg i. B., Professor Ruffe-Ödlingen, Landgerichtsrat Kuhlmann-Bremen, Hellmuth v. Gelsach-Berlin, Gewerkschaftsleiter Erkelenz-Berlin, die Abgeordneten Benner, Cuno, Kämpf, Gothein, Wimmer, die Oberbürgermeister Bender-Breslau, Käte-Königsberg, Stadtvorordnetenvorsteher Wächter-Berlin usw. Auf dem Weltkongress werden folgende Thematia behandelt: Die Religion und der Sozialismus in Religion und die Entschleunigung der Welt, die Religion und der Völkervertrieb, der Einfluss der theologischen Wissenschaft Deutschlands auf die Religionen anderer Nationen, die Theologie und deutsche Kirche, Katholiken und Protestanten Orthodoxe und freigeistliche Christen und Juden, Christen und Freidenker, freies Christentum in und außer den Landeskirchen, das Christentum und die nichtchristlichen Völker. Unter den Vortragenden befinden sich Deutsche, Franzosen, Schweizer, Engländer, Amerikaner, Italiener, Finnländer, mehrere Indier verschiedener Glaubensrichtungen. Von Deutschen sprechen u. a. Geheimrat Dr. Adolf Harnack-Berlin, Professor Dr. Adolf Lasan-Berlin, Professor Dr. Otto Baumgarten-Piel, Lic. Gottfried Traub-Dorimund, Professor Dr. Friederich v. Soden-Berlin, Warrer Dr. Pfannkuche-Döhring, Schriftsteller Dr. Max Maurer-Berlin, Dr. Erlangen. Von Ausländern sprechen u. a. der zukünftige Präsident des Kongresses Samuel A. Eliot, Boston, Paul Sabatier-Paris, Deputierter Romolo Murri, der bekannte demokratische Christliche, Rom, der Nationalökonom Professor Dr. Masaryk-Prag, Claude Monette-London usw.

Der Weltkongress für freies Christentum veranstaltete am Sonntag Abend vier gleichzeitige Sonderveranstaltungen in den verschiedenen Sälen des Landwehrkasinos. Eine dieser Veranstaltungen beschäftigte sich mit dem Thema „Religion und Entschleunigung“. Es sprachen in ihr unter anderem Professor Dr. Masaryk-Prag über: „Der Alkoholismus ethisch und religiös beurteilt“. Eine andere Sonderveranstaltung unter dem Vorsitz von Frau Dr. Gertrud Wäcker-Berlin beschäftigte sich mit dem Thema: „Die Religion und die Frau“, während in einer dritten Veranstaltung das Thema: „Die Religion und der Völkervertrieb“ behandelt wurde.

Eines außerordentlich starken Beifalles erfreute sich die Sonderveranstaltung im Kasinoaal des Landwehrkasinos, auf deren Tagesordnung das Thema: „Die Religion und der Sozialismus“ stand. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Pastor Die Schneemelcher-Berlin-Rummelsburg, sprach Pastor Elie Gouanelle-Paris in französischer Sprache über „Christliche Erfahrungen in der sozialen Verfassung“. Ein wahres Christentum ist wahre Menschlichkeit. (Lebhafter Beifall.) Sodann sprach Pastor Bader-Zwölle (Wörlitz) über „Religiösen Sozialismus“. Der Redner, ein entschiedener Anhänger der Sozialdemokratie, übertrug die Griffe des Vereins der sozialdemokratischen Pastoren Hollands. Lange haben sich Sozialismus und Christentum als Tobfunde gegenüberstanden. Da erkannten die besten Männer in beiden Lagern ihren Irrtum und sahen ein, daß im innersten Kern Christentum und Sozialismus identisch sind. Und so sind denn zahlreiche Pastoren Hollands Sozialdemokraten geworden und haben den Verein der sozialdemokratischen Pastoren gegründet. In Holland ist so etwas eben möglich. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem sodann Professor D. Mauseubusch, Redakteur (Nordamerika) über: „Das soziale Erwachen der amerikanischen Kirchen“ gesprochen und ausgeführt hatte, daß mit Ausnahme der katholischen Kirche alle Kirchen Amerikas sozial gefirmt

seien, ergriß Genosse Dr. Maurer-Berlin das Wort zu dem Vortrag: „Der Sozialismus als eine neue Stufe der Religion“. Karl Marx würde sich gewiß im Grabe umbrechen, wenn man ihn als Religionskritiker oder Propheten bezeichnen wollte. Und doch ist der Sozialismus eine Religion. Wie die Religion suche der Sozialismus den Anschluß des kleinen Einzelnen an den großen Fluß des Geschehens, der durch Natur und Geschichte fließt. Der Sozialismus gibt dem Einzelnen, der bisher ein verlorenes Sandkorn war, seine Stelle in dem großen Weltorganismus. Aus dem sozialistischen Willen erwächst eine neue höhere Eitlichkeit, eine neue Stufe der Religion. Des Menschen Schicksal auf Erden hat die großen Kirchengemeinschaften im wesentlichen fast gelassen. Das Problem ist: kann der, der erfährt, daß er vom Sozialismus, innerhalb der großen (katholischen oder lutherischen) Kirchengemeinschaft bleiben? Redner will die Frage nicht unbedingt beantworten, weder unbedingt bejahen, noch unbedingt verneinen. Aber freilich, wer ganz erfährt, daß der Sozialismus, der kann nicht anderen Vätern dienen neben ihm. Der wahre Sozialist ist durch den Kern seines religiösen Glaubens von den Kirchengläubigen getrennt, es sei denn, daß die Kirche sich selbst auf ihre eigenen Ursprünge. Tut sie das, dann trennen nur noch Theorien, nicht mehr inneres Gefühl den Christen und den Sozialisten. Jesus und Paulus haben sich das Reich Gottes gedacht als irdisches Reich der Gerechtigkeit. Wenn auch bei uns die Zeit gekommen ist, wo die Kirche sich oft als Sozialdemokraten bekennen können, dann, aber nur dann allein, wird die Basis für das Zusammenkommen von Sozialisten und Christen gegeben sein. (Lebhafter Beifall.)

Als nächster Redner führte Pastor Dr. Pfannkuche-Döhring, der das Thema: „Ist christlicher Sozialismus möglich?“ behandelte, das längere aus, daß es einen spezifisch christlichen Sozialismus nicht gäbe.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

hat am Sonntag, den 7. August, im Gewerkschaftshaus zu Halle a. S. seinen zehnten Verbandstag begonnen. Der Verband, der in der Prosperitätsperiode 1906/07 einen außerordentlichen Aufschwung nahm, hat natürlich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Depressionsjahre 1908/09 seine Entwicklung nicht in demselben Tempo steigern können. Seine Mitgliederzahl, die Ende 1907 136,885 betrug, sank bis zum ersten Quartal des vorigen Jahres auf 130,919 herab. Sie stieg aber bis zum Ende des Jahres wieder auf 141,021 heran, so daß dem Verband immerhin noch ein Gewinn von 4129 verbüßt. Die Zahl der Zahlstellen und Orte mit Einzelmitgliedern beträgt 495 zurzeit. Ganz erheblich hat aber seit Beginn dieses Jahres ein ganz rascher Aufschwung eingesetzt, der zurzeit noch anhält und die Mitgliederzahl bis jetzt bis auf circa 160,000 brachte. Das Verbandsorgan, der „Proletarier“, erscheint infolgedessen in einer Auflage von über 150,000; die „Gleichheit“ wird in über 6000 Exemplaren jenen Kolleginnen zugestellt, deren Ehegatten organisiert sind oder wo in einer Familie mehrere Kolleginnen dem Verbands angehören; im ganzen zählt der Verband jedoch über 16,000 weibliche Mitglieder. Die „Oswiata“ wird in über tausend Exemplaren, der „L'Operaio Italiano“ in annähernd tausend Exemplaren jenen Gewerkschaftsmitgliedern zugestellt, die nur der polnischen oder italienischen Schriftsprache mächtig sind.

Die Hauptkasse erzielte in den zwei Jahren folgende Bilanz: Gesamtentnahmen 5 911.795,37 Mark, Gesamtausgaben 4.439.018,85 Mark, Bestand am 31. Dezember 1909 1 472.776,52 Mark.

An Unterstützungen zahlte der Verband reichlich 2 766.000 Mark aus, darunter allein für Erwerbslosenunterstützung über 1.961.000 Mark. Angesichts der Tatsachen, daß die Sätze der Erwerbslosenunterstützung von Jahr zu Jahr steigen und der Streik der Bezugsberechtigten sich vermehrt (obwohl augenblicklich infolge des günstigeren Geschäftsganges die Zahl der Erwerbslosen zurückgeht) und die bevorstehenden Jahre mit Sicherheit eine Vermehrung der Streikausgaben bringen, tritt der Kassierer in seinem Bericht für eine Erhöhung der Beiträge ein, die trotz weitgehender Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Verbandsangehörigen nicht vermieden werden könne.

Der Bericht des Vorstandes enthält eingehende Darstellungen über

die Kämpfe und die Erfolge

in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, obwohl diese Erfolge nicht in allen Fällen zu wagen und zu messen und in Ziffern zum Ausdruck zu bringen sind. Es ist aber Tatsache, daß die Organisationen immer von gutem Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, auch dann, wenn sie nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht Lust haben, in aggressiver Weise den Kampf zu führen zu können. Schon ihre Existenz, die Aussicht, daß sie schroffe Maßnahmen der Unternehmer vor den Richterstuhl der Öffentlichkeit bringen, veranlaßt die Unternehmer, ihre Profitlust etwas zu zügeln.

Diese Organisationen würde die Lage der Arbeiter in den letzten Jahren der Wirtschaftskrise durch Lohnverschlechterungen ins Unerträgliche sich gestaltet haben. Die Organisationen haben, so weit sie konnten bewirkt, daß wenigstens das errungene Lohnniveau behauptet worden ist. Das hat auch der Fabrikarbeiterverband getan, und außerdem sind auch noch Lohnverbesserungen von ihm durchgesetzt worden. Der Verband hat

94 Angriffs-, 104 Abwehrstreiks und 29 Ausperrungen

geführt; in 316 Fällen war er bei Streiks anderer Verbände in Mitleidenschaft gezogen. In diesen Kämpfen waren 13.967 Personen beteiligt; sie haben dem Verband eine Ausgabe von 651.291 Mark gekostet. Außerdem hat der Verband noch mit circa 21.000 Kollegen in Lohnbewegungen ohne Streik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder zur Abwehr von Verschlechterungen gestanden. Das Resultat der Streiks und Lohnbewegungen war eine Verkürzung der Arbeitszeit oder Abwehr von Arbeitszeitverlängerung für 6619 Vorkasse von 3 1/2 Stunden pro Woche für jeder einzelnen; eine Lohnverbesserung oder Abwehr von Lohnfälligkeiten für 23.571 Vorkasse von 1,72 Mark pro Woche für jeden einzelnen. So hat, wenn auch unter der Ungunst der Wirtschaftskrise, ein Kampf zur Verbesserung des Lohnes in großartigem Maße nicht zu denken war und die Chancen der gestrichelten Kämpfe bedeutend herabgemindert waren, die Organisation immerhin noch Verbesserungen erzielt, daneben aber Verschlechterungen abgewehrt gegenüber den vielen Unternehmern, die immer auf der Suche nach der Höhe ihrer Gewinne auf Kosten der Arbeiter zu stehen. Selbst im Tarifwesen wurde ein Fortschritt erzielt, indem sich die Zahl der unter Tarifbedingungen arbeitenden Kollegen von 15.137 auf 17.495 steigerte.

Der Verband griff auch pflichtschuldig da ein, wo durch gesetzgeberische Maßnahmen die Lage der Arbeiter gefährdet oder gefördert werden konnte. Bei der Beratung des Reichsallgemeines Schöden die sozialdemokratischen Vertreter dem Verbands einen Riegel vor, das Gesetz zu einem einseitigen Schutz der Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter zu machen. Die Arbeiter der chemischen Industrie hatten in einer Resolution an den Reichstag den Reichskanzler um Untersuchungen ersucht über die

Gefahren in Säuren- und Teerbetrieben

insbesondere in jenen Abteilungen, in welchen mit giftigen und explosiven Stoffen gearbeitet wird, und imwieweit es geboten erscheint, für jene Betriebe sowohl einen verkürzten Arbeitsstag wie Vorschriften zum Schutze der Arbeiter vorzuschreiben. Die Resolution wurde mit Hilfe des „Arbeiterfreundlichen“ Zentrums abgelehnt.

Als Folge der Zündholzsteuer stellte sich eine bedeutende Einschränkung des Zündholzverbrauchs heraus, sowie das Bestreben, sich nach vor Inkrafttreten der Steuer auf Zeit mit Zündhölzern einzudecken. So kam es, daß vor allem infolge einer reichlichen Einfuhr bis weit in das laufende Jahr hinein der Gesamtbedarf an Zündhölzern in Vorräten gedeckt war. Die Folge war Stöckung in der Herstellung und

Arbeitslosigkeit für die in der Zündholzindustrie

beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Not zwang nun diese Arbeiter sich mit Petitionen um Unterstützung vom Reich an den Reichstag zu wenden. Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion von Anfang an die Unterstützung arbeitsloser werdender Zündholzarbeiter beantragt hatte und zwar sollte die Unterstützung aus den Ertragssteuern der Steuer genommen werden. Unter den Parteien, welche die Unterstützung ablehnten, war wiederum das „Arbeiterfreundliche“ Zentrum. Nachdem jetzt alle die von der Sozialdemokratie vorbereiteten Forderungen durch die Petition erwiesen waren, hätte schon ein Übermaß von Schamlosigkeit dazu gehört, sich dem noch länger zu verschließen und der Reichstag beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung jetzt ihre Ehrenpflicht erfüllt, die Opfer ihrer Steuerpolitik nicht in Not und Elend sitzen zu lassen.

Auch diese Vorgänge werden sicher auf dem Verbandstage ein Echo finden.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ueber Menschenaffen und Menschenaffen hat auf dem diesjährigen Anthropologenkongress Professor Laastich-Breslau einen bedeutungsvollen Vortrag, in dem er ausführte: „Durch die Auffindung des homo auriqnaensis häuflert ist zum ersten Mal der sichere Beweis dafür erbracht, daß in der Eiszeit in Europa neben der Neandertal-Rasse noch ein ganz andere Typus der Menschheit existiert hat. Schädelfragmente aus dem Diluvium der Thoms und aus Mähren von gleich extremer Tokhcephalie waren früher die einzigen Dokumente dafür gewesen. Daß die beiden Urassen Europas, die plumpere Neandertal-Rasse und die feinere Aurignac-Rasse wirklich gleichzeitig und nebeneinander gelebt haben, wird durch die Fundstätte von Kreina in Kroatien bewiesen, wo zweifelslos ein Kampf der beiden Rassen stattgefunden hat. Man wußte schon, daß dort neben der typischen Neandertal-Rasse sich noch Knochenstücke fanden, die nicht in diese Typus passen. Es ist festgestellt, daß es sich hier um Reste von Aurignacmenschen handelt. Man hat an dieser Stelle auch Anzeichen kanibalischer Mahlzeiten gefunden. Die sterbenden Paare waren die Neandertal-Rasse und die Aurignac-Rasse. Diese Neandertal-Rasse hat sie aber nicht gehindert, sich noch im Laufe des Diluviums miteinander zu vermischen. Die späteren Stämme vom Ende der Eiszeit, aus der Kemterperiode, zum Beispiel die Stämme von Chancelade und Cro-Magnon zeigen deutlich den Mischcharakter. Die beiden Typen mischten sich in Europa also aufeinander getroffen. Da erhebt sich zunächst die Frage, woher sie kamen. Die Untersuchung des homo mousteriensis hat endgültig bestätigt, daß die Verwandtschaftsbeziehungen des Neandertalmenschen auf Afrika hinweisen. Die älteste Fauna Europas vor der Eiszeit war die afrikanische Tierwelt. Der elephas meridionalis und antiaurus weisen auf den afrikanischen Elefanten hin. Mit dieser Tierwelt, selbst ein Tier unter Tieren, lebte der Neandertal-Rasse, einem uralten Zweige der Vorkammiten entsprossen, dessen Ausläufer noch heute Afrika bewohnen, teils als Menschenaffen der Negroiden, teils der anthropoiden Gorilla und Schimpansen. Daß letztere keine Vorfahrenformen darstellen, sondern einseitig umgebildete, dem Urwaldbienen ausgeübte Nebenlinien entwickelten, deren ältere Stufen viel menschenähnlicher waren, ist erwiesen. Neuerdings ergibt sich, daß eine neue Parallele zwischen Neandertal-Rasse und Gorilla jetzt noch schärfer darzulegen werden kann als früher. Es kann nicht scharf genug betont werden, wie auf Grund der neuen Tatsachen die Beziehung der

Neandertal-Rasse zu den Gorillas anzufassen ist: beide sind frühzeitig getrennte Zweige eines gemeinsamen Stammes, der sich aus der Urgruppe der höheren Primaten löste. Für diese gemeinsame Urgruppe einen passenden Namen zu finden, ist sehr schwierig. Protopithecanthropi würde vielleicht der beste sein, denn diese Wesen waren in ihrem Gebiß, ihren Körperproportionen Menschenaffen, nicht Menschenaffen. Sie waren aber noch Menschenaffen, Proanthropi, da ihr Fuß noch nicht die definitive Umwandlung aus dem Greiforgan in den Stützapparat erlangt hatte. Ueber ihr Wesen können wir nichts aussagen, werden aber mit der Möglichkeit rechnen, daß sie die Merkmale der Menschenaffen im älteren Zustande beibehalten haben. Aus dieser Urgruppe erhoben sich oder formierten sich mehrere große Zweige ab, abgesehen von den Progorilliden. Als einer der älteren Zweige, der sich vollständig für sich abspaltete, betrachtete ich die Australier, die von dem Ausbreitungszentrum nach dem heutigen Australkontinent verschlagen wurden. Diese Beziehungen lassen sich nicht ableiten und sind unabhängig von den Vorkammiten, die man sich vom Wesen des Ausbreitungszentrums der höheren Primaten macht. Es ist also unrichtig und unflug, durch irgendwelche spezielle Ausführungsversuche das Wesen des Gebisses charakterisieren zu wollen, auf welchen sich die Entstehung der Prothelanthropi vollzog in großen Ausbreitungszentren, deren Ausläufer sich teils in Afrika, teils in Asien wiederfinden. Die Tatsache, daß es heute vier wohlentwickelte Menschenaffenformen gibt und daß schon aus dem Quartär mehrere fossile Kerne bekannt sind, zum Teil auch aus Europa, läßt darauf schließen, daß die Gliederung der Vorkammiten schon in einer weit ins Tertiär zurückreichenden Periode stattgefunden hat und daß diese Gliederung eine mannigfache war. Wir können vorläufig nur die am allermeisten scharf markierten großen Züge gesondeter Entfaltung erkennen. Die durch die Vorkammiten, der Neandertal-Gorilliden und die Ostgruppe, der Aurignac-Drangiden gekennzeichnet werden. Diese beiden haben aber natürlich ursprünglich auch einander nicht fremd gegenüberstanden, sondern zwischen ihnen waren vermittelnde Zweige entsprossen. Wie die Sonderung von Afrika und Asien sich erst durch große Einbrüche im Tertiär vollzogen hat, werden wir auch mit der Möglichkeit älterer Gliederungen zu rechnen haben, als deren heuliche Zeugen uns heute noch Schimpansen und Gibbons entgegentreten. Wenn auch eine Spezialisierung in Anpassung an das Urwaldbien den Gibbon bezüglich der Extremitäten scheinbar sehr weit von der Menschenaffen geführt hat, so sind diese Primaten doch in ihrem Gebiß und in der Beschaffenheit der Gehirnhäute primitiver als bei Gorilla und

Orang. Die außerordentliche Variabilität der Form- und Beinlänge bei den Dylobatiden läßt es nicht schwer erscheinen, sich einen Gibbon von menschenartigen, d. h. primitiven Extremitäten vorzustellen, wie die niederen Affen sie besitzen lassen. Solche Form von bedauerlicher Körpergröße muß menschenhafter ausfallen haben als ein alter Orang oder Gorilla. Bei der primitiven Beschaffenheit der Kieferknochen ist zu erwarten, daß eine gibbonide Unterart Ausläufer entsandt hat, deren fossile Reste uns gelegentlich begegnen können und dann natürlich die schwersten Zweifel, ob Mensch oder Menschenaffe im alten Sinn, zu überwinden werden. Wahrscheinlich haben wir bereits einen Nepranten d'elles Avelas, nämlich den Pithecanthropos. Erst jetzt, wo wir lernen, die letzteren ihres Vorkammiten auszuheben, hat man auch dem Pithecanthropos gerecht werden können. Daher wird die Fragestellung, ob Mensch oder Affe, als an sich schon falsch zurückzuweisen sein und an ihre Stelle tritt die Frage, welchem Zweige der Vorkammiten schließt sich der Pithecanthropos an, dem Westram oder dem Ostram? Daß wir uns den großen Westram der Menschheit nicht so einfach denken dürfen, lehrt der Schimpanse. Nach meinen äusserst eindringlichen Studien muß ich sagen, daß sich zwischen Gorilla und Schimpanse in vielen Punkten viel größere Unterschiede finden als zwischen Gorilla und Neandertal. Danach ist es klar, daß die Vorfahren des Schimpanse, die Aeschimpansoiden, sich bereits zu einer Zeit von dem Westram abgespalten haben, lange bevor die Spaltung zwischen Gorilla und Neandertal eintrat. Ein weites neues Forschungsgebiet eröffnet sich damit dem Gebiet von Menschenaffen und Menschenaffen. Die Einseitigkeit der Menschheit erscheint in einem neuen Lichte. Auch wenn man eine gemeinsame Basis für Menschen und Anthropoiden annimmt, die Vorfahren der heutigen Rassen von einander trennen sich. Die Rassenabstufung erhält eine tiefere Begründung und dieser Erkenntnis wird gewiß nicht ohne praktische Konsequenzen bleiben können.

Verbot eines Theaterstückes. Die Hamburger Volkstheaterbehörde hat die Aufführung des französischen Schwanen „Mon sieur Beno“ aus Sittlichkeitsgründen verboten.

Aus der Welt.

Versicherung gegen das Begefeuer. Aus Bayern wird geschrieben: Der in Würzburg erscheinende „Armenienbote“ legte in diesen Tagen in seiner Abonnementerlaubnis folgendes Verbot an: „Im weiteren machen

Partei-Angelegenheiten.

Wilhelm Liebknecht. Am 7. August waren zehn Jahre verflossen, seit Wilhelm Liebknecht, der „alte Soldat der Revolution“, in Berlin seine Augen schloß. Mitten in der Arbeit und mitten im Kampfe holte ihn der Schicksal hinweg. Noch am Abend vor seinem Tode hatte er sich von seinen Kollegen im „Vorwärts“ mit der Mahnung: „Nimmer in der Offensive, niemals sich in die Defensive drängen lassen“ verabschiedet und wenige Stunden später ruhte er für immer voge Kampfe — er, der sich als Jüngling 1849 im badischen Revolutionsfeldzug zum ersten Male der Freiheit zur Verfügung gestellt und später in jahrzehntelangem mühseligem Ringen für die Erweckung des deutschen Proletariats gekämpft und alle Stufen ihrer Entwicklung aktiv miterlebt hatte. Vom kleinen unterdrückten Preterhause bis zur großen Millionenarmee hat Liebknecht der deutschen Sozialdemokratie als Führer gedient und am Tage seiner Verdigung bewies der einzige Leichenzug ihm die Liebe und Dankbarkeit des Proletariats. So ist noch kein Kaiser begraben worden, das mußten selbst die bürgerlichen Blätter angehtichts des drei Stunden langen Leichenzuges konstatieren.

Austritt von der Reichstagskandidatur. Genosse Eichhorn, der in dem von ihm vertretenen Reichstagswahlkreis 1 für die Heim- und Durlach für die kommende Reichstagswahl wieder aufgestellt worden war, ist aus Rücksicht auf seine Stellung als Leiter des sozialdemokratischen Pressebureaus von der Kandidatur zurückgetreten.

Arbeiterbewegung.

Streik und Aussperrung in der Schiffbau-Industrie.

Sonntags Nachmittags trat die General-Versammlung der Gruppe deutscher Schiffswerften zusammen. Nach etwa dreiviertel Stunden Beratung wurde folgendes Resoluto gegeben:

Es ist beschlossen worden, am Donnerstag, den 11. August auf sämtlichen deutschen Werften eine Betriebsstärkung vorzunehmen. Es sollen sechs bis acht Prozent aller Arbeiter ausgesperrt werden.

Den in Hamburg streikenden 9200 Werftarbeitern werden sich hiernach an den übrigen Werftplätzen zunächst etwa 14.500 ausgesperrte Arbeiter hinzugesellen. Diese Maßnahme wird natürlich nicht ohne Nachwirkung bleiben, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alsbald nach der Aussperrung der 60 Prozent der Arbeiter auch die anderen 40 Prozent der Arbeiter auf den anderen deutschen Werften die Arbeit niederlegen werden.

In Betracht kommen die Städte Bremen, Geestemünde, Vegesack, Flensburg, Rosdorf, Kiel, Stettin. Die Zahl der Streikenden in Hamburg ist noch durch die Arbeitsniederlegung der Tapezierer der Hamburg-Amerika-Linie vermehrt worden.

Aus Bremen wird noch gemeldet: In einer Sonntagabend abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaftskommission mit den Vertretern der Gewerkschaften wurde beschlossen, die Aussperrung mit der sofortigen Proklamierung des Streiks zu beantworten.

Hilfsklassenkongress. Eine Vorläufer-Konferenz der freien Hilfsklassen des Bergischen Landes beschloß zum 1. September einen Kongress sämtlicher deutschen freien Hilfsklassen nach Oberfeld einzuberufen. Der Kongress soll Stellung zur Reichsversicherungsordnung nehmen. In der Konferenz wurde festgestellt, daß die bisherigen Kommissionsbeschlüsse die freien Hilfsklassen erdroffeln würden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. August.

Geschichtskalender.

9. August.

- 1792 Kaiserliche Kommune-Erklärung.
- 1821 Der Dichter Heinrich Landemann (Pseudonymus Form) in Potsdam.
- 1897 Der Schriftsteller Eduard von Bauernfeld in Oberdöbling bei Wien.

Hungernde Schulkinder.

Auf der dritten Konferenz der Zentralstelle der Volkswohlfahrt wurde über die Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder berichtet. Professor Rubner, der kommende Rektor der Zentralstelle, kam in seinen Darlegungen zu dem Schluß, daß die Ernährung der Schulkinder mangelhaft ist und daß dadurch nicht nur der Erfolg des Schulunterrichts, sondern auch die körperliche Entwicklung der heranwachsenden Jugend außerordentlich gefährdet würde. Dr. Kaup hat Untersuchungen angestellt über die Ursache für das Ausfallen des häuslichen Frühstücks. Seine Untersuchungen hatten folgendes Ergebnis:

Bei 21 Prozent lag Mangel an Nahrung für die Kinder vor, bei 29 Prozent Mangel an Nahrung für die Mutter (!), bei 18 Prozent

wie unsere geachteten Abonnenten darauf aufmerksam, daß wir vom letzten Jahrgang an jährlich 72 heilige Messen für die Seelen der Abonnenten und zum Troste der armen Seelen lesen lassen werden, ferner, wer den Abonnementspreis im Voraus einrichtet, wird in den „Sühnungszeiten“ der verlassenen Seelen im Hesperiden“ aufgenommen, in welchem jede Woche über 4000 heilige Messen gelesen werden.

Unterstützung auf der Reichswerke in Kiel. Neue Materiallieferungen auf der Reichswerke sind in den letzten Tagen festgestellt worden. Im Zusammenhang damit wurden der Materialaufseher Bais und der Althändler Albrecht in Kiel verhaftet. Bais hatte mehrere hundert Kilogramm Aluminium in kleinen Partien unter der Weste versteckt aus der Werft herausgeschmuggelt und an Albrecht verkauft. Die eingeleitete Untersuchung führte weitere Veranlassungen aus Tageslicht. Ritter Strimnatholme suchten die Papiere der Althändler in Neumünster ab und ermittelten dort beim Probantenhändler Wittke, daß dieser für 2000 Mark Aluminium besaß, das aus der Reichswerke entnommen worden war. Wittke gab an, daß er es von einem Kieler Großhändler für 600 Mark erworben habe und daß dieser es wieder von Althändlern gekauft habe. Es stehen noch weitere Verhaftungen bevor.

Ein Zucker unter der Anlage des Betrages. Vor der Reichstagskammer zu Stettin. Pommer hatte sich am Sonntag vor seiner Abreise von Stettin, dem das Rittergut Groß-Schwirzen in Unterpommern gehörte, wegen Betrages und Konkursvergehens zu verantworten. Das Gut, das einen Wert von 600 000 Mark repräsentiert, war total verpfändet, und Pommer hatte, um sich über Wasser zu halten, in Berlin wiederholt Kalkülen aufgeschrieben. Es wird ihm nun vorgeworfen, daß er das Geld nicht zu dem angegebenen Zwecke verwendet, sondern es veräußert zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Pommer ein Jahr Gefängnis; das Gericht sprach ihn wegen Betrages frei, verurteilte ihn aber wegen Konkursvergehens zu 3 Monaten Gefängnis.

außerhäusliche Arbeit der Mutter, bei 20 Prozent Armut, Arbeitslosigkeit und Krankheit der Eltern, bei 3 Prozent gewerbliche Tätigkeit der Kinder vor dem Schulansatz. Ähnliche Zahlen ergaben sich auch für den Wegfall des Mittags- und Abendessens.

Professor Rubner erklärte, daß die bisher durch private Wohltätigkeit und die Gemeinden ins Leben gerufenen Einrichtungen nicht genügen. Nach seiner Meinung sollte sich die beste Form der Schulpflicht in Verbindung mit Kinderhorten bewähren, die zugleich der Verwahrlosung der Kinder entgegenarbeiten. Auch in den Ferienmonaten müßten die Speisungen der Schulkinder fortgesetzt werden. Die ernährungsgesundheitliche Seite müsse weiter ausgebaut werden in der Kostordnung, den Speiseregeln, den Nährwerten, der Kontrolle der Kinder, Durchführung der Arbeit und auch für die vor- und nachschulische und schulentlassene Jugend müßten wirksame Maßnahmen getroffen werden. Weiterhin machte Rubner noch Vorschläge zur Regelung der Nahrungsverhältnisse in ländlichen Arbeiterfamilien.

Was der Professor Rubner zur Abhilfe des entsetzlichen Kinderelends vorgeschlagen, ist sicher sehr gut gemeint und mag auch an seinem Ziele durchaus berechtigt sein. Die Hauptursache des Elends aber, die auf der Konferenz für Volkswohlfahrt nicht berührt wurde, ist die Ausbeutung der Volksmassen durch die agrarische Produktionspolitik, die von der Regierung und den sogenannten staatsbehaltenden Parteien gestützt und gefördert wird. Hier gilt es einzusetzen, wenn auf eine durchgreifende Besserung gerechnet werden soll; die kleinen Paktatmittel der Herren von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt brauchen um deswillen noch nicht verworfen zu werden.

Die Fleischsteuerung.

Trotz der schon sehr erheblichen Fleischsteuerung ist in den letzten Tagen von circa 40 Fleischer-Innungen beschlossen worden, die Fleischpreise noch weiter zu erhöhen! Diese permanente Preissteigerung des Fleisches wird jetzt selbst bürgerlichen Kreisen unzulässig. Die „Tägliche Rundschau“ fürchtet, daß die Fleischsteuerung, die die Gemüter ohnehin schon zu lange beunruhigt habe, dazu beitragen werde, die radikalen Strömungen im politischen Leben zu stärken und das Blatt fügt hinzu:

„Man braucht nicht ohne weiteres in die Forderung einzustimmen: Die Grenzen auf!“ Denn neben der Interessen der Konsumenten verlangen auch diejenigen der Produzenten die gebührende Beachtung. Aber unter voller Wahrung des Grundgesetzes, daß der Schutz der heimischen Viehzucht vornehmstes Gesetz bleiben muß, sollte dafür gesorgt werden, daß eine, wenn auch nur vorübergehende Verstärkung der Fleischsteuerung ermöglicht wird. Man braucht lediglich an einigen Grenzstationen Schlachthäuser, die unter strenger staatlicher Aufsicht stehen, zu errichten, um gegen das Schwindelgeschäft der Seuchengefahr ausbrechende Viehzüchter zu bieten.“

Demgegenüber kommen die Fleischer selbst immer mehr zu der Erkenntnis, daß gerade die Dämpfung der Grenzen Abhilfe schaffen kann. In ihrer neuesten Nummer schreibt z. B. die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ folgendes:

„Es ist gar keine Frage, daß wenn nicht durchgreifende Maßnahmen seitens der Reichsregierung ergriffen werden, eine Fleischkalamität eintreten wird, gegen welche die des Jahres 1906 geringfügig zu nennen ist. In den Fleischpreisen ist man jetzt einmütig der Ansicht, daß nur noch eine gänzlich veränderte Politik und eine Dämpfung der Grenzen für Schlachttiere Hilfe bringen kann. Im zweiten Vierteljahr 1910 sind die Schlachtungen außerordentlich zurückgegangen. Es sind u. a. nahezu 11.000 Jungkinder und über 72.000 Kälber weniger geschlachtet worden als im gleichen Vierteljahr des Vorjahres. Auch die Schlachtungen von Bullen blieben um 4000 gegen das Vorjahr zurück. Die Schweineschlachtungen sind nur um 11.000 gestiegen, eine Ziffer, die viel zu gering ist, da sie nicht im entferntesten dem Wachstum der Bevölkerung entspricht.“

Damit allein, daß man dies ausspricht, ist aber nichts getan. Denn die, die im Reichstage an der Sperrung der Grenzen festhalten (in Breslau Fürst Hatzfeldt), sind von den Fleischern und ihrem Anhang gewählt worden. Solange sie also bei künftigen Wahlen keine „durchgreifenden Maßnahmen“ ergriffen, solange haben sie kein Recht, andere als die Fleischverkäufer zu bezeichnen.

Wie man das Vertrauen zur Justiz fördert.

Aus dem Kammergericht wird uns geschrieben: „Die Genossen Erowig und Zimmermann in Gräbichen sind wegen Sonntagsverletzung angeklagt worden. Die für die Provinz Schlesien erlassene Polizeiverordnung vom 9. März 1896 verbietet für die Sonn- und Feiertage „alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten.“ Die An-

Schwerer Eisenbahnunfall. Auf der Straße nach Pöthen stieß ein Kohlenzug der Heide „Preußen“ mit einem Wagen zusammen. Der Wagen wollte, da die Schranken nicht heruntergelassen waren, den Bahndamm noch überqueren, als plötzlich in voller Fahrt der Kohlenzug herankam, und in den Wagen hineinfuhr. Derselbe wurde vollständig zertrümmert. Vier Insassen wurden schwer verletzt, der Fahrer des Kohlenzuges leicht.

Waffenverhaftungen wegen Diebstahls. Wegen seit langem betriebenen großen Eisenbahn Diebstahls wurden in Kralau 27 Personen, meist Eisenbahnbedienstete, verhaftet.

Brand auf einem russischen Kriegsschiff. Auf dem russischen Minenleger „Dupa“ entstand am Freitag im Raum des Bootsmanns ein Brand, der rasch um sich griff und nur mit Mühe gelöscht werden konnte. Das Vorderdeck des Schiffes wurde unter Wasser gesetzt, um eine Explosion des Pyrophosphors zu verhindern.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Freitag in dem Stahlwerk „Hösch“ in Dortmund. Dort plägte ein Schlackenblock, wodurch mehrere Arbeiter verbrannt wurden, darunter drei schwer. Zwei von ihnen sind bereits gestorben.

Eifersuchtsdrama in Aachen. Auf offener Straße feuerte infolge eines Streites ein junger Handwerker zwei Revolverkugeln auf ein ihn begleitendes Mädchen ab und schoß sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Beide wurden schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht.

Ans dem Zuge geleht. Der Kleinbahnfahrer Böller schlug, als er bei der Umstiege in die Bahnhofshalle sich vorbeugte, mit dem Kopf gegen einen Mast und war sofort tot.

Waldbürände in Amerika. Die Waldbürände in den Staaten Idaho und Montana dauern fort. Hundestruppen sind an Ort und Stelle abgegangen, um sich an den Löscharbeiten zu beteiligen.

geklagten haben am Sonntag vor Weihnachten im vorigen Jahre in einer ländlichen Ortschaft den „Landboten“ in den einzelnen Häusern abgegeben. Die Strafkammer Breslau verurteilte natürlich die Angeklagten. Sie legten dagegen Revision ein, indem sie geltend machten, daß der Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit verkannt worden sei. Die Strafkammer habe festgestellt, daß die Angeklagten vierzig bis fünfzig Exemplare des „Landboten“ bei sich geführt und damit sich von Haus zu Haus begeben hätten. Darin könne nicht eine „Arbeit“ erblickt werden. Zu dieser Tätigkeit sei eine Kraftanstrengung nicht erforderlich. Die Strafkammer habe auch nicht ausreichend festgestellt, daß das Verteilen der Druckschriften öffentlich bemerkbar gewesen sei. Es sei nicht anständig, aus dem Umstand, daß bereits früher in den Dörfern an einem Sonntag Druckschriften verteilt worden seien, den Schluß zu ziehen, die Dorfbewohner hätten angenommen, es handle sich auch bei der Tätigkeit der Angeklagten wiederum um ein solches Verteilen.

Das Kammergericht hat jedoch am 6. August 1910 die Revision zurückgewiesen. Es führte aus: Der Begriff der Arbeit erfordert keine besondere Kraftanstrengung. Die Feststellung der Strafkammer, daß das Verteilen der Druckschriften in der von den Angeklagten bewirkten Weise mit einer gewissen Anstrengung der körperlichen Kräfte verbunden gewesen sei, rechtfertigt die Annahme, daß die Angeklagten eine „Arbeit“ im Sinne der Polizeiverordnung verrichtet hätten.

Ist's ein Wunder, wenn das Volk zu dieser Art von Rechtsprechung kein Vertrauen hat?

* **Das fromme Pastor Mitsche-Matt** predigt bekanntlich auf jeder Seite jeder Nummer christliche Zierden und ähnlichen Zauber. Dafür durfte es an dem Tage, an dem es durch zehn Jahre hindurch dank zahlreicher Unterstützungen sein färgliches Dasein gefristet hatte, von den sinnesverwandten heiligen katholischen „Schlesischen Volkszeitung“ sich bescheiden lassen, daß sie alle beide in christlicher Weltanschauung einig seien. Was wird nun die liebe Schwester von der Hummeret zu Nr. 212 der „Schlesischen Morgenzeitung“ sagen, wo unter „Theater“ folgendes steht:

„Der Pfarrer von Kirchfeld“, Anzengrübners gutes und gesundes Volksstück, sollte im Salzbrüner Kurtheater aufgeführt werden. Bonaig Geißliche erhoben gegen die Aufführung einen Einspruch, allerdings ohne Erfolg. Das sollte daraus werden, wenn jeder Privatmann — und der Geißliche ist in diesem Falle einer — gegen eine Sünde, die ihm nicht passen, Einspruch erheben würde. Und ob der niedere Klerus in Literaturfragen mitreden darf, muß bezweifelt werden.“

Gut gesagt; auch wir sagen, daß der Klerus, aber nicht bloß der niedrige, in Literaturfragen nicht mitreden darf; wir sagen aber noch weiter, auch die Herren Pastoren und Konsorten dürfen da nicht mit hineinreden. Aber, lieber Herr Pastor, wie konnten Sie so etwas schreiben? Sind denn so ein Pastorchen etwas Größeres als ein kleines eben ausgeheiltes Kapläschen? Und dann bei Ihrer Waffengbrüderschaft mit den Geschorenen! Gerade der niedere Klerus, die Kapläne, Kurati, Pfarrer, ist sehr empfindlich; das vergißt er nicht sobald, das trägt er Ihnen sehr, sehr lange nach, vielleicht bis zur Reichstagswahl 1911. Und das alles wegen einer Literaturfrage. O, Herr Pastor, wir haben Sie sich da in die Messen gesetzt!

* **Im Militärstaat oder: „Die Strafe blent dem Verkehr.“** Die Klagen über das Mißbrauchen städtischer Straßen durch den Militarismus, der sich in einer Weise breit und breiter macht, als sei er Herr der Stadt, finden jetzt sogar schon in bürgerlichen Blättern eine Stätte. Die sonst gewiß friedliche und dem Militarismus an sich nicht feindlich gesinnte „Bresl. Morg.-Ztg.“ sieht sich soeben zu folgender Mitteilung gezwungen:

„Ist der Südpark ein militärisches Übungsgelände? Die Anwohner des Südparks und die dort sich in den frühen Vormittagsstunden ergebenden Spaziergänger hatten in diesen Tagen wiederholt Gelegenheit in nächster Nähe des Südparks Truppenabteilungen der Breslauer Garnison militärische Übungen abhalten zu sehen. Das wäre an sich nichts Bemerkenswertes. Nun aber ist es öfters vorgekommen, daß die zum Südpark führende breite Zugangsstraße in allen ihren Teilen von dem Militär in einer Weise okkupiert wurde, daß zeitweilen oder fahrenden Privatpersonen der Durchweg geradezu gesperrt wurde. Gelegentlich wurde die Straße auch als Kasern benützt und die austretenden Soldaten genierten sich nicht, die Anlagen des Parks zur Erledigung eines Bedürfnisses zu betreten. Der Magistrat, dem diese Vorgänge gemeldet worden sind, wird, wie wir hören, gegen eine solche Verwendung ihm gehöriger Wege und Anlagen bei der Militärbehörde Verwahrung einlegen.“

Der Magistrat, so dankenswert auch sein Vorgehen ist, tut jedoch der Militärverwaltung solange Unrecht, als er der Polizeiverwaltung für ihre Straßen-Demonstrationen städtischen Grund und Boden ausdrücklich zur Verfügung stellt. Und dann werden wir das Gefühl nicht los, daß es die Rücksicht auf die vornehmten Anwohner des Südparks ist, die den Magistrat sich aufraffen läßt. Solange in der Stadt die weniger vornehmen Leute Opfer der Okkupation sucht des Militarismus waren, fand er zu einer Verwahrung keinen Anlaß.

Zur Tarifbewegung der Installateure.

Die streikenden Installateure hatten die Lohnbewegung eingeleitet, doch war die Beendigung des Streiks nur eine Scheinbar. Sowohl die Arbeitsehrer, wie auch die Arbeitgeber rechneten mit einer Wiederaufhebung des Kampfes. Aus diesem Grunde auch haben die Unternehmer die Aussperrung nicht aufgegeben, so daß eine Anzahl Monteur und Helfer noch nicht eingestellt sind. Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus eine Branchen-Verammlung statt, in der Philipp die Situation beleuchtete. Niemand konnte glauben, daß die Installateure so ohne weiteres die Waffen strecken werden. Wenn der Streik abgebrochen wurde, so geschah das aus tatsächlichen Gründen. Bald werde der Ruf an die Kollegen wieder ergehen, den Kampf wieder aufzunehmen. Die Organisation werde nicht eher ruhen, als bis ein für die Arbeiter günstiger Tarif abgeschlossen sein wird. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Dr. Braeklein, hat sich ins Mittel gesetzt. Von den Arbeitnehmern sei das Einigungsamt nicht angerufen worden. Der Dmann des Gewerkschaftsausschusses habe erklärt, daß man mit der Forderung wohl verhandelbar wolle, doch nicht ohne Zuziehung des Vertreters der Organisationsleitung. Die Verhandlung zwischen den streikenden Parteien ist für Dienstag, den 9. d. Mis., im Rathause angeordnet. Öffentlich leidet endlich Frieden im Gewerbe ein.

Auf welchem Wege die Unternehmer sitzen, beweist folgende...
Auf welchem Wege die Unternehmer sitzen, beweist folgende...
Auf welchem Wege die Unternehmer sitzen, beweist folgende...

Sternit...
Sternit...
Sternit...

Wir erlauben im...
Wir erlauben im...
Wir erlauben im...

Selbstverständlich hat der...
Selbstverständlich hat der...
Selbstverständlich hat der...

Der Sozialdemokratische Verein...
Der Sozialdemokratische Verein...
Der Sozialdemokratische Verein...

Unter dem neuen Vereinsgesetz...
Unter dem neuen Vereinsgesetz...
Unter dem neuen Vereinsgesetz...

Achtung, Töpper!...
Achtung, Töpper!...
Achtung, Töpper!

Zur Bewegung der Schneider...
Zur Bewegung der Schneider...
Zur Bewegung der Schneider...

Die Maurer halten Dienstag...
Die Maurer halten Dienstag...
Die Maurer halten Dienstag...

Das Städtische Leihamt...
Das Städtische Leihamt...
Das Städtische Leihamt...

Fälliger Unglücksfall...
Fälliger Unglücksfall...
Fälliger Unglücksfall...

Sin „anküßiger“ Kleinbahnzug...
Sin „anküßiger“ Kleinbahnzug...
Sin „anküßiger“ Kleinbahnzug...

Feuer. Sonntag Mittag 1 1/2...
Feuer. Sonntag Mittag 1 1/2...
Feuer. Sonntag Mittag 1 1/2...

Uebermüdder Kutscher...
Uebermüdder Kutscher...
Uebermüdder Kutscher...

Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...

Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...

Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...

Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...

Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...

Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...
Verlaufenes Kind...

Breslauer Schauspielhaus.

Zum ersten Male: „Die Spiele...“
Zum ersten Male: „Die Spiele...“
Zum ersten Male: „Die Spiele...“

Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...

Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...

Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...

Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...

Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...
Die Handlung des Stückes...

Breslauer Sommertheater.

(Lieblichs Etablissement.)

Das Spiel von Josef...
Das Spiel von Josef...
Das Spiel von Josef...

Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...

Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...

Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...

Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...

Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...
Die Bezeichnung „zum ersten Male“...

Schlechtes Braut, sondern auch die...
Schlechtes Braut, sondern auch die...
Schlechtes Braut, sondern auch die...

Die Zustände auf der...
Die Zustände auf der...
Die Zustände auf der...

Robbin, 7. August. Gelschrank...
Robbin, 7. August. Gelschrank...
Robbin, 7. August. Gelschrank...

Laubhütte, 8. August. Seinen...
Laubhütte, 8. August. Seinen...
Laubhütte, 8. August. Seinen...

Neueste Nachrichten.

Schweres Automobilunglück.

Blauen, 8. August. Gestern...
Blauen, 8. August. Gestern...
Blauen, 8. August. Gestern...

Der Streik der Kohlenarbeiter...
Der Streik der Kohlenarbeiter...
Der Streik der Kohlenarbeiter...

Madrid, 8. August. Der...
Madrid, 8. August. Der...
Madrid, 8. August. Der...

Spanien und der Vatikan.

Madrid, 8. August. In...
Madrid, 8. August. In...
Madrid, 8. August. In...

London, 8. August. Aus...
London, 8. August. Aus...
London, 8. August. Aus...

Gegen die englische Herrschaft...
Gegen die englische Herrschaft...
Gegen die englische Herrschaft...

London, 8. August. Times...
London, 8. August. Times...
London, 8. August. Times...

Die Unruhen in Persien.

Teheran, 8. August. Die...
Teheran, 8. August. Die...
Teheran, 8. August. Die...

Berlin, 7. August. Auf...
Berlin, 7. August. Auf...
Berlin, 7. August. Auf...

Briefkasten.

E. B. Melben Sie das...
E. B. Melben Sie das...
E. B. Melben Sie das...

Programm. Sie erhalten...
Programm. Sie erhalten...
Programm. Sie erhalten...

2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...

2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...

2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...

2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...

2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...
2. Jännerstraße. Erhalten...

Aus Oberschlesien.

Nach einmal die „Eminenzgrube“...
Nach einmal die „Eminenzgrube“...
Nach einmal die „Eminenzgrube“...

Konsum- u. Sparverein Vorwärts.
Die Warenverteilungsstellen befinden sich:
Bärenstrasse 28 | Kreuzburgerstr. 15
Louthenstrasse 33 | Hubenstrasse 24
Kleine Scharnitzerstrasse 16
Heute neu eröffnet:
Vorwerksstrasse 61.
Der Vorstand.

Ober-Zerklüpfte. Ein Arbeiter, der seine Familie in Breslau hat und in Berlin arbeitet, kann in beiden Städten zur Gemeindefreier herangezogen werden.

7. Leutenstraße. Da die Stundung nicht bewilligt wurde, mußten Sie die Steuern zahlen und durften es nicht auf die Pändung ankommen lassen. Eine Beschwerde hätte keinen Erfolg, weshalb wir Ihnen davon abraten.

St. Petruskirche. Es ist so, wie die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts lautet. Bei militärischen Nebenanen wird nur die 1/10 Einkommensteuer erlassen, nicht auch die Gemeindefreieinkommensteuer; diese muß gezahlt werden.

Waldburg. Das Schöffengericht war leider im Recht, als es Wenzel Feldmann den Wahrheitsbeweis ablehnte. Die Strafkammer kann das aber nicht. Dort muß die Führung des Wahrheitsbeweises zugelassen werden. Und wenn es der Polizei noch unangenehm sein sollte.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Montag, den 8. August:
Dutmacher-Versammlung. Abends 7 Uhr im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 9. August:
Maurer-Versammlung im großen Saal.
Trophäen-Abendabend. Zimmer 2.
Deutscher Kurier. Zimmer 3.
Mittwoch, den 10. August:
Deutscher Metallarbeiter-Verband. General-Versammlung im großen Saal.
Arbeiter-Radsfahrer. Zimmer 1.
Stenographen. (Zudem Abende). Zimmer 7.
Donnerstag, den 11. August:
Sozialdemokratischer Verein. Mitglieder-Versammlung im großen Saal.
Tapezierer. Versammlung im Zimmer 1.
Waler. Versammlung im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 - 8 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 12. August:
Deutscher Kurier. Zimmer 3.
Stenographen. Abends 8 1/2 Uhr Zimmer 5 u. 6.

Sonnabend, den 13. August:
Lebendarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Zimmer 2.
Buchbinder. Wichtige Versammlung im Zimmer 2.
Schwimmverein „Poseidon“. Wichtige Versammlung im Zimmer 2.
Sonntag, den 14. August:
Polgarbeiter-Verband. Stiftungsfest.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Der Jahlabend
ist heute Montag, 8. August, Abends 8 Uhr in den bekannten Lokalen. Verhandelt wird u. a. über das Einsehen der Stadtverordnetenwählerliste in der Zeit vom 15. bis 30. August.
Distrikt 1 (Wahl) Kronprinzstr. 44, Ref. Gen. Neulitzch.
2 (Sauerbrunnen) Viktoriast. 84, Ref. Gen. Dars.
3 (Gräblich, Borst.) Gräblichstr. 74, Ref. Gen. Dartsch.
3a (") Pilsenerstr. 18, Ref. Gen. Belfert.
3a (") Siebenhufenstr. 21, Ref. Gen. Wolff.
4 (Mollator) nur Schwelberstr. 23, Ref. Gen. Albert.
5 (") Leutenstr. 12/14, Ref. Gen. Seibald.
6 (") Hildebrandtstr. 23, Ref. Gen. Kawalla.
7 (") Westendstr. 26, Ref. Gen. Föbe.
7 (") 58, Ref. Gen. Seydner.
7 (") Leutenstr. 62, Ref. Gen. Nidel.
7 (") Kofenerstr. 61, Ref. Gen. Tohn.
8 (Obertor) Wehlasse 62/64, Ref. Gen. Schneidewind.
8a (") Fleischlastr. 88, Ref. Gen. Hermann.
9 (") Matthiasstr. 140, Ref. Gen. Reichelt.
9a (") Rosenstr. 20a, Ref. Gen. Adam.
10 (Sandtor) Delsenerstr. 8, Ref. Gen. Machol.
11 (") Michaelisstr. 26, Ref. Gen. Pachna.
12 (Scheitniger Tor) Kaulstr. 42, Ref. Gen. Liepelt.
13 (") Hirschstr. 63, Ref. Gen. Bachmann.
14 (Ohlauer Tor) Königsbergerstr. 10, Ref. Gen. Müller.
15 (") Gewerkschaftshaus, Ref. Gen. Auerbach.
16 (Strehleiner Tor) Hubenstr. 80, Ref. Gen. Kurt.
16a (Bohrer Tor) Bohrerstr. 70, Ref. Gen. Stöhr.
17 (Schweidniger Tor) Vohstr. 58, Ref. Gen. Rother.
17a (") Mendorfstr. 65, Ref. Gen. Philipp.
18 (Innere Stadt, Allich), Reberberg 7, Ref. Gen. Biegon.
19 (") Kupferstr. 21, Ref. Gen. Bohn.
Land-Distrikt 8 (Gerdain) Steinstr. 157/159, Ref. Gen. Frenzel.
12, Ref. Gen. Herrmann.

Distrikt 4 (Mollator).
Unser Jahlabend wird im „Schweigerhof“, Schweigerstraße 33 abgehalten.

Distrikt 8a (Obertor).
Unser Jahlabend wird nur im Bergkeller, Fleischlastr. 33 (nicht 32) abgehalten. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, das zu beachten.

Distrikt 2 (Sauerbrunnen).
Montag, den 8. August im Jahlabend: 1. Unsere beschützigen Stadtverordnetenwähler. 2. Beschlussfassung über den Antrag zur Einlegung einer Preis-Kommission. Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.
Land-Distrikt 4 (Bezirk Gräblich, Groß-Moschorn, Opperau). Mittwoch, den 10. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Kuppisch in Gräblich. Vortrag des Genossen Schollch. Frauen sind besonders eingeladen.

Land-Distrikt 4 (Bezirk Sachwitz, Caath). Sonntag, den 14. August, Vormittags 9 Uhr: Zusammenkunft in Sachwitz im bekannten Lokal.

Land-Distrikt 11 (Deutsch-Biffa). Dienstag, den 9. August, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Wlaschek. Vortrag des Genossen Schollch. Frauen sind eingeladen. Die Mitliebhaber sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

Brieg. Zimmerer-Verband. Sonnabend, den 13. August, Abends 8 Uhr: General-Versammlung bei Reichelt.

Schweidnitz. Sozialdemokratischer Wahlverein. Mittwoch, den 17. August, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Becher.

Schweidnitz. Gewerkschaftskartell. Dienstag, den 9. August, Abends 8 1/2 Uhr: Monatsitzung in den „Drei Tauben“.

Neustadt O.S. Wahlverein. Sonnabend, 13. August, Abends 8 Uhr, Versammlung. Tagesordnung: 1. Erstattung von der Bezirkskonferenz, 2. Stellungnahme zum Parteitag.

Zeitz. Gewerkschaftskartell. Freitag, den 12. August, Abends 7 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftslokale, Gartenstraße 27.

Schauspielhaus

Täglich 8 Uhr:
Die Spiele ihrer Exzellenz.

Sommer-Theater
(Loblichs Etablissement).
Montag, 8. August:
Gastspiel Josef Giampietro:
Die 300 Tage.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Grosses Konzert.

Viktoria-Theater
Täglich:
„Breslau!
was sagst Du nu!“
Nur in 6 Pöden mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Freie wie gewöhnlich.

Zeltgarten
Dir. H. Krasinski.
24. Tag der
Damen-
Ringkampf-
Konkurrenz
Außerdem die ganz neuen
Spezialitäten.

Palmengarten.
Dir. H. Krasinski.
Damen-Trompeter
„Harmonie“.
Eutres frei!
„Reformier“ überal käuflich!
Buchhandlung Volkswacht.

Zurückgekehrt 3922
Dr. Perls
Freiburgerstr. 29.

Zurückgekehrt Dr. Boss
Schwerstraße 8. 3269

Zurückgekehrt Dr. Creutzberger.
3896

Kranen u. Mädchen zur Konfektion
an. L. Wodezicka, Suddestr. 5. 3886

Hildebrandtstr. 27/29.
und 11. Wohnungen bill. zu verm. 3894

1 Nähmaschine fast neu, billig zu verkaufen.
Wärtischstr. 98/98. Haus 8. 1. 31g.

Jungbier
täglich zweimal frisch
3 Liter 10 Pf.
und 5% Rabatt. 3888
J. Niedzwiedz
Leutenstr. 44 und Alsenstr. 19.

Carl Rother's Bäckerei
Friedrich-Carlstr. 59
empfiehlt sich einer geneigten Beachtung. 3845

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Motive und der
Denkschrift zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
sicherer Führer durch das Miets-
recht.
Buchhandlung Volkswacht.

Von Montag ab:

Reste-Verkauf

In allen Abteilungen:

- Kleiderstoffe (einzelne Roben)
- Seidenstoffe
- Waschstoffe
- Handtuchstoffe
- Leinen- u. Wäschestoffe
- Züchen, Schürzenstoffe
- Futterstoffe, Bandreste
- Läuferstoffe, Linoleum
- etc. etc.

In Serien eingeteilt mit Preis-Ermässigung

von 10 bis **50%**

M. Schneider

Breslau, Neue Schweidnitzerstrasse 1. 3923



Nur noch wenige Tage!

Total-Ausverkauf.
Wegen Auflösung verkaufe ich
Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- u. Koffen-
wagen, Kinderklappstühle, Reiseförbe
sowie sämtliche Korbwaren
zu jedem annehmbaren Preise.

F. Konetzny,
Ring 2, an der Allosaistrasse. 3779

Total-Ausverkauf

Konsumverein für Schweidnitz und Umgegend
in Liquidation. 3905
Freitag, den 19. August, abends 8 Uhr,
im „Goldenen Becher“, Münzstraße
General-Versammlung
Einziger Punkt der Tagesordnung:
Entgegennahme der Schlussbilanz.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersuchen die Liquidatoren
Gustav Köhler. Josef Borke.

Deutschland und die Deutschen
in der französischen Karikatur seit 1848.
Mit 90 Abbildungen.
Anstatt 1.20 Mk. nur 60 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

In der Oder
straße 5 — zweites Viertel vom Ringe — bekannt billig
finden Sie große u. kleine Kinder
Kämme, Gummi-Sauger, Rehrbesen, Scheuertücher, Rohr-
Kopfer, Fuhmatten, sowie Gelegenheitsposten in Kopf-,
Kleider-, Schuh-, Zahnbürsten etc. zu zurückgelehnten, fabelhaft
niedrigen Preisen. 3921

London & Co., Oberstraße 5,
zweites Viertel vom Ringe.
Alkoholfrage und Arbeiterklasse
von Dr. Fröhlich.
Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.